

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, A-1010 Wien, Universitätsstraße 7

POLITIX

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

BIOPOLITIX



ipw

19 | 2005

Editorial.....	3
----------------	---

Schwerpunkt BiopolitiX

Wo knutschen die Humanic-Lesben? <i>von Eva-Maria Knoll</i>	4
Biopolitik der Behinderung: die Macht der Norm und des "Normalen" <i>von Ursula Naue</i>	7
Mutterschaft auf Krankenschein <i>von Barbara Prainsack</i>	13
Warum Biopolitik? <i>von Sebastian Reinfeldt</i>	17
Die Implosion der Grenzen. Zum Begriff der Biopolitik im "Empire" <i>von Markus Wolschlager</i>	20
Verwaltete Körper <i>von Ingrid Metzler</i>	22
Duplik Jonas 7 <i>von Ruth Kager</i>	24
Ein interdisziplinärer Streifzug durch die Brisanz einer Debatte <i>von Eva-Maria Knoll</i>	26

Intern

On Top der Sozialwissenschaften: Dekan Rudolf Richter <i>von Gerti Zupanich</i>	27
Ein Gespräch mit der neuen Institutsvorständin des ipw <i>von Luise Luksch</i>	28
Studienprogrammleitung, nur ein neuer Begriff? <i>von Gerti Zupanich</i>	30
Porträt Rita Stein-Redent, Gastprofessorin am Gender Kolleg im SS 2004 und WS 2004/05.....	31

Aktuell

Handeln in Zeiten wie diesen <i>von Stephan Wabl</i>	32
Alltägliche Weltpolitik als First-Hand-Experience <i>von Stephan Wabl</i>	35

International

Amsterdam, Den Haag, Brüssel, Paris; Exkursion 2004, <i>von Theresa Maria Neumeister und Victoria Schlederer</i>	38
500 Kilometer oder 12 Stunden Busfahrt von Wien entfernt liegt: Sarajevo <i>von Josef Oberger</i>	39

Service Forschung

Serie "aus dem Felde..." Nr. 1: Von Sinnfragen und Katzensittern - Praktische Fragen zur Planung der Feldforschung <i>von Michaela Mayrhofer</i>	42
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,

diesmal haben wir uns es nicht nehmen lassen, den Heftschwerpunkt mit unserem Hefttitel in Verbindung zu bringen: Der aktuelle Heftschwerpunkt Biopolitix setzt sich mit der derzeit in aller Munde befindenden Debatte der Biopolitik auseinander. Ursula Naue geht in diesem Zusammenhang dem Thema "Biopolitik der Behinderung" nach, Ruth Kager stellt ein Kinderbuch zu diesem Thema vor und das Projektzentrum für Genderforschung wird von einer feministischen Perspektive aus analysiert. Den umstrittenen Werbespot mit den "Humanic-Lesben" hat Eva-Maria Knoll analysiert, über Gesundheitspolitik im internationalen Vergleich berichtet Ingrid Metzler. Zudem werden zwei biopolitische Theoriestränge hervorgehoben: Sebastian Reinfeldt setzt sich mit Michel Foucault auseinander, Markus Wolschlager legt den Schwerpunkt eher auf die Autoren des Buches "Empire".

Neben diesem thematischen Schwerpunkt gibt Politix diesmal in gewohnter Weise einen Einblick in das Geschehen unseres Institutes: Von Berichten über interessante Exkursionen nach Sarajewo, zu europäischen Institutionen sowie einem Parkitkum bei der UNO über eine Reihe von Interviews mit den Institutsangehörigen über aktuelle Entwicklungen an der Politikwissenschaft. Neu ist ab dieser Ausgabe die Serie "aus dem Felde...".

Wir wünschen eine vergnügliche Lektüre und einen guten Start ins Sommersemester!

Das Redaktionsteam Politix
Wien, März 2005

Impressum

HerausgeberIn:

Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010
Wien, Universitätsstr. 7

Redaktionsteam und Mitwirkende:

Dworzak Alexander, Kager Ruth, Kaps
Klemens, Knoll Eva-Maria, Luksch Luise,
Mayrhofer Michaela, Metzler Ingrid,
Mittersteiner Martin, Naue Ursula,
Neumeister Theresa Maria, Oberger Josef,
Purkarthofer Petra, Reinfeldt Sebastian,
Rumpold Carina, Sauer Birgit, Schleder
Victoria, Stein-Redent Rita, Wabl Stephan,
Weigl Elisabeth, Wolschlager Markus,
Zahradnik Katharina, Zupanich Gerti

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

T: 4277-47712, F: 4277-47719,

e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at

Layout: Martin Mittersteiner,

www.mcm.at.tt

Cover: Martin Mittersteiner,

www.mcm.at.tt; Hintergrundbild

"Eprovetten" © Universität Wien

Öffentlichkeitsarbeit,

<http://public.univie.ac.at/?id=83>

Herstellung: Institut für Politikwissenschaft

(ipw), Onlinepublikation unter

www.univie.ac.at/politikwissenschaft/

Offenlegung gem. §25 MedienG.:

MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien,

Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über
institutsbezogene Aktivitäten, sowie über
aktuelle Entwicklungen in der
Politik.Wissenschaft

Wo knutschen die Humanic-Lesben?

von Eva-Maria Knoll

Zwei gut aussehende Frauen sitzen vor einem Bildschirm in der Samenbank von Dr. Hope. Per Klick erscheinen die Fotos der Samenspender am Bildschirm. Einige zusätzliche Informationen zum jeweiligen Kandidaten sind stichwortartig aufgelistet und werden von einer weiblichen Computerstimme aus dem Off vorgelesen. Kandidat Nummer eins ist gutaussehend, 41 Jahre alt, sportlich und Gehirnrirurg. Kandidat zwei ist ebenfalls äußerlich anspre-



chend, Physiker und Nobelpreisträger. Die beiden leicht bekleideten Frauen studieren die Samenspender-Datenbank und erlauben tiefe Einblicke, sowohl in ihr Dekolletee als auch in ihr Liebesleben. Bei den ersten zwei potentiellen Samenspendern sehen die beiden einander tief in die Augen und schütteln ablehnend ihre Köpfe. Klick. Kandidat drei unterscheidet sich schon rein äußerlich von den ersten beiden: Er ist übergewichtig, hat schütteres Haar und schlechte Zähne. "Schuhverkäufer bei Humanic" kommentiert die weibliche Computerstimme aus dem Off. Die Kamera schwenkt nun auf die hübschen Humanic-Schuhe der beiden Frauen, um deren Gedankengang bildlich nachzuzeichnen. Nun nicken die Frauen zustimmend, fallen sich lachend in die Arme und feiern ihre Wahl mit einem Kuss.

Seit einigen Monaten läuft dieser Humanic-Spot im österreichischen Werbefernsehen und

auf der großen Videoleinwand am Europaplatz in Wien. Humanic war mit der Thematik der Lesben in der Samenbank werbestrategisch durchaus erfolgreich, denn der Spot erregt Aufsehen. Bei Humanic sind einerseits Anfragen nach den "hübschen Werbeposters der sich küssenden Frauen" eingelangt. Andererseits gibt es Beschwerdebriefe, die sich an Humanic direkt und auch an den österreichischen Werberat (1) richten. Die Spannweite der Kritiken reicht vom Zungenkuss zweier Frauen über die deutlich erkennbaren Brustwarzen bis hin zu Diskriminierungsvorwürfen. Letztere thematisieren sowohl die Diskriminierung von Frauen durch die sexistische Darstellung der leicht bekleideten Frauenkörper, als auch die Diskriminierung homosexueller Menschen durch die am männlichen erotischen Interesse orientierte Darstellung weiblicher Homosexualität.

Die Thematik der Reproduktionstechnologien ist längst nicht mehr auf die labortechnische Frage der Machbarkeit beschränkt und auch nicht auf die Beschränkungsfrage dieser Machbarkeit, welche in einer ständig wachsenden Zahl von Ethikkommissionen und in diversen Projekten mit Öffentlichkeitsbeteiligung diskutiert wird. Das Thema Reproduktionstechnologie hat unseren Alltag erreicht und wurde von der Werbung als strategisches und wirksames Moment aufgegriffen.

Hinter der provokativen Darstellung des Humanic-Werbespots finden sich zentrale Diskussionszusammenhänge rund um Reproduktionstechnologien: Durch die Zurückweisung des "hervorragend genetischen Materials" eines gutaussehenden Nobelpreisträgers und die Bevorzugung der Samenzellen des weniger ansprechenden Humanic-Verkäufers wird keck die zentrale Frage "genetisch versus sozial" aufgeworfen. Gleichzeitig wird auf die zunehmende Kommodifizierung der menschlichen Reproduktion verwiesen, in der Belange der

Nachkommenschaft einer kapitalistischen Warenlogik unterworfen werden. Diese behandelt die menschliche Reproduktion als planbare, machbare und wählbare Angelegenheit, wodurch die Fortpflanzung des Menschen zur Ware und damit zum Geschäft wird. Genauer gesagt wird sie zum "Geschäft mit der Hoffnung" - der Hoffnung auf eine gewünschte Schwangerschaft und der Hoffnung auf ein wunschgemäßes Kind, worauf Humanic mit dem Namen der Samenbank "Dr. Hope" anspielt. Darüber hinaus führt der Werbefilm das vorherrschende Zeugungskonzept der westlichen Gesellschaft vor Augen: Ob es sich nun um die Intelligenz eines Nobelpreisträgers oder den guten Geschmack eines Humanic-Verkäufers handelt; egal ob Gen oder soziale Kompetenz, alles scheint in Form einer mikroskopisch kleinen Samenzelle extrem relevant für den Nachwuchs zu sein. Damit verweist der Humanic-Spot auf die reproduktionstechnologische Rezeption althergebrachter, Humunculus-geleiteter Konzepte der menschlichen Lebensentstehung, welche der männlichen Samenzelle einen zentralen Stellenwert einräumen und den weiblichen Anteil zum Bereich des "nährenden Umfeldes" herunterspielen. Mit der Thematik der Lesben in der Samenbank wird auch ein großer, Technologie-bedingter Umbruch in der Menschheitsgeschichte angezeigt. Während die Anti-Baby-Pille in den 60er Jahren die Sexualität von der Fortpflanzung trennte, leisten die Reproduktionstechnologien heute das Umgekehrte. Sie trennen die Fortpflanzung von der sexuellen Interaktion zweier Menschen und führen damit zur Aufspaltung der Elternschaft in eine biologische und eine soziale und geben homosexuellen Paaren eine technologische Hoffnung auf Nachwuchs. Schließlich verweist der Humanic-Clip - und das möglicherweise sogar unabsichtlich - auf ein Phänomen, welches im Zuge der reproduktionsmedizinischen Praxis entstanden ist, den Fortpflanzungstourismus nämlich.

Wenn zwei eine Reise tun ...

Im Humanic-Werbespot erscheinen die Angaben zu den Samenspendern der Samenbank Dr. Hope in deutscher Sprache auf dem Bildschirm, und auch die weibliche Computerstimme aus dem Off spricht Deutsch. Damit vermittelt Humanic den Eindruck, dass sich die Szene der Lesben in der Samenbank in einem deutschsprachigen

Land abspielt. Das ist aber schlichtweg unmöglich.

In Österreich kann sich diese Szene nicht ereignen. Denn die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Reproduktionstechnologie, die im österreichischen Fortpflanzungsmedizingesetz aus dem Jahr 1992 (FMedG) festgelegt sind, besagen in § 2. (1) "Eine medizinisch unterstützte Fortpflanzung ist nur in einer Ehe oder eheähnlichen Lebensgemeinschaft zulässig". Und da die Eheschließung hierzulande für gleichgeschlechtliche Paare nicht möglich ist, sind Reproduktionstechnologien folglich nur für Frauen zugänglich, die in einer sogenannten "stabilen heterosexuellen Partnerschaft" leben. Damit sind alleinstehende und lesbische Frauen von der Nutzung der Reproduktionstechnologie in Österreich per Gesetz ausgeschlossen.

Das Schweizer Fortpflanzungsmedizingesetz besagt in Art. 3, Abs. 3, dass gespendete Samenzellen nur bei Ehepaaren verwendet werden dürfen. Die registrierte Partnerschaft für Homosexuelle ist in der Schweiz zwar möglich, sie ist aber keinesfalls eine Gleichstellung mit der Ehe, wodurch alleinstehenden und lesbischen Frauen der Zugang zur reproduktionstechnologischen Behandlung ebenfalls verwehrt ist.

In Deutschland ist die Rechtslage sogar noch expliziter in den "Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion" der Bundesärztekammer formuliert. Diese halten in Punkt 3.2.3 "Elterliche Voraussetzungen" hinsichtlich Samenspende fest: "Die Anwendung der Methoden bei alleinstehenden Frauen und in gleichgeschlechtlichen Beziehungen ist nicht zulässig".

Im deutschsprachigen Raum kann sich die Szene aus dem Humanic-Werbespot somit nicht abspielen, denn hier sind alleinstehende und lesbische Frauen von der Nutzung der Reproduktionstechnologien per Gesetz ausgeschlossen. Somit verweist der Humanic-Spot auch implizit auf das Phänomen des Fortpflanzungstourismus. Die beiden Humanic-Lesben müssen zur Samenbank Dr. Hope angereist sein. Ihre Reise führte sie aus der restriktiven Gesetzeslage des deutschsprachigen Raumes in eines jener Länder, in denen die Nutzung der Reproduktionstechnologien alleinstehenden und lesbischen Frauen erlaubt ist. Die Lesben aus der Humanic-Werbung sind Fortpflanzungstouristinnen.

Die doppelte Perspektive des Fortpflanzungstourismus: ein letzter Ausweg und eine lukrative Marktnische

Der Fortpflanzungstourismus ist eine Folgeerscheinung des Rechtspluralismus im Bereich der Reproduktionstechnologien (2). Die Umgehung gesetzlicher Rahmenbedingungen und das strategische Ausspielen des Verbotenen gegen das Erlaubte mittels Grenzübertritt in Staaten mit einer liberaleren Gesetzgebung stellt einen Motivationsgrund für eine Fortpflanzungsreise dar. Angebots- und Nachfrageseite der Reproduktionstechnologien treffen einander im transnationalen Geschäft mit der Hoffnung. Fortpflanzungstouristinnen reisen in Länder, welche jene Behandlungen erlauben, die ihnen zu Hause verboten sind. Fertilitätskliniken in diesen Ländern haben sich auf solche Kundschaft eingestellt und offerieren neben mehrsprachigen Homepages oft auch Behandlungen in der Landessprache des häufig anreisenden Klientels. Aus rechtlichen Gründen kann sich die Klinik Dr. Hope aus dem Humanic-Werbespot nicht im deutschsprachigen Raum befinden, aus Geschäftsinteresse hat sich diese Klinik aber offensichtlich auf deutschsprachige Kundschaft eingestellt. Nur jene Staaten, in welchen alleinstehenden und lesbischen Frauen der Zugang zur Reproduktionsmedizin gesetzlich erlaubt ist, ermöglichen es der Klinik Dr. Hope das spezielle Service einer

deutschsprachigen Datenbank von Samenspendern für deutschsprachige, lesbische Fortpflanzungstouristinnen anzubieten. In Estland, Lettland, Russland, England, Kanada, in den Niederlanden oder in den USA könnte sich die Humanic-Szene der Lesben in der Samenbank Dr. Hope abspielen.

Eva-Maria Knoll

Forschungsassistentin am Gender Kolleg der Universität Wien

Fußnoten:

1) Der Österreichische Werberat fördert die Selbstdisziplin der Werbung in Österreich: www.werberat.or.at

2) Medically Assisted Procreation and the Protection of the Human Embryo.

Comparative Study on the Situation in 39 States. Council of Europe, Strasbourg, 4 June 1998,

sowie die Zusammenstellung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht:

www.iuscrim.mpg.de/forsch/straf/referate/sach/fortpflanzungsmedizin.html

Dank an Humanic für die zur Verfügung Stellung der Werbeclip DVD



Biopolitik der Behinderung: die Macht der Norm und des "Normalen"

Von Ursula Naue

Biopolitik und Biomacht

Im Kontext des zunehmenden Einflusses biomedizinischen und genetischen Wissens auf das politische Feld (vgl. Rabinow and Rose 2003: 35) ergeben sich gegenwärtig neue Formen von Biopolitik, in deren Zuge Menschen mit Behinderungen heute immer "sichtbarer" werden (vgl. Graumann 2002). Diese Biopolitik kann als Politik des Risikos (Rose 2001: 1) und als "eine Regierung genetischer Risiken, die im Namen von Selbstbestimmung, Eigenvorsorge, Verantwortung und Wahlfreiheit auf eine Optimierung des individuellen Humankapitals zielt" (Lemke 2000: 230) beschrieben werden. Im vorliegenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie in diesem biopolitischen Kontext Behinderung verstanden wird, beziehungsweise wie sich das Verständnis von Behinderung dadurch zukünftig wandeln kann.

Das Konzept der Biopolitik, das von Michel Foucault geprägt wurde (vgl. Foucault 2002: 166 und 170) und sich nur unscharf von jenem der Biomacht unterscheiden lässt (vgl. Lemke 2002: 1; Rabinow and Rose 2003: 3), bezeichnet "den Eintritt des Lebens und seiner Mechanismen in den Bereich der bewußten Kalküle und die Verwandlung des Macht-Wissens in einen Transformationsagenten des menschlichen Lebens" (Foucault 2002: 170). "Gegenstand der ‚Biopolitik der Bevölkerung‘ ... ist die Gesamtheit der konkreten Lebensäußerungen einer Bevölkerung ... [im Sinne einer eigenständigen biologisch-politischen Entität, U.N.], um die Gefahren abzuwenden oder auszugleichen, die sich aus dem Zusammenleben einer Bevölkerung als biologische Gesamtheit ergeben" (Lemke 2002: 3; vgl. Foucault 2002: 166). Biopolitik kann nach Paul Rabinow und Nikolas Rose als spezifische Strategie "over problematizations of collective human vitality, morbidity and mortality, over the forms of knowledge, regimes

of authority, and practices of intervention that are desirable, legitimate and efficacious" (Rabinow and Rose 2003: 3) verstanden werden. Thomas Lemke umschreibt den Begriff der Biomacht bei Michel Foucault mit einem "Ensemble neuer Machttechniken ..., die neben und in Auseinandersetzung mit der Souveränitätsmacht operieren" (Lemke 2002: Fn.2).

Biomacht umfasst unterschiedliche Aspekte neuer Strategien des Regierens des Lebens (Rabinow and Rose 2003, abstract), wobei der Begriff des Regierens im Sinne Michel Foucaults zu verstehen ist: "Regieren heißt ..., das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren." (Foucault 1999: 193) Dem Begriff der Regierung muss man nach Michel Foucault "die sehr weite Bedeutung lassen" (Foucault 1999: 193), er versteht unter Regierung "die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels derer man die Menschen lenkt" (Foucault 1997: 118). Macht ist nach Foucault dadurch gekennzeichnet, "daß sie Verhältnisse zwischen Individuen ins Spiel bringt" (Foucault 1999: 188), Machtausübung ist als "Weise der Einwirkung auf die Handlungen anderer definiert" (Foucault 1999: 193).

Genetische Diagnostik und das Verständnis von Behinderung

Der Umgang mit Menschen mit Behinderungen steht mit angewandten Definitionen von Behinderung in Zusammenhang, wobei sich diese Definitionen auf mehrere Modelle von Behinderung beziehen, von denen hier jedoch nur zwei erwähnt werden sollen, da sie bestimmte, in diesem Kontext relevante Aspekte von Behinderung betonen: Das medizinische Modell hebt den medizinischen Aspekt hervor und fasst Behinderung als Minderung der Funktionsfähigkeit auf

(Hirschberg 2003: 15 f; Wolbring 2003). Während also dieses Modell Behinderung individualisiert und Behinderung primär als medizinisch-körperliches Phänomen eines Individuums betrachtet, nimmt das soziale Modell von Behinderung das Umfeld von Menschen mit Behinderungen in den Blickpunkt der Diskussion von Behinderung: Das soziale Modell von Behinderung betont die Bedeutung des behindernden Kontextes, in dem Menschen mit Behinderungen leben. Behinderung wird weniger als Attribut eines Individuums als viel mehr eine komplexe Ansammlung von Bedingungen verstanden, die durch das Umfeld von Menschen mit Behinderungen erzeugt wird (Corker and French 2002: 2 ff; Hirschberg 2003: 16 f; Thomas 2002: 39 f; Wolbring 2003). Das soziale Modell von Behinderung wurde in den letzten Jahren zunehmend intensiv und erfolgreich (wenn auch national unterschiedlich) gesellschaftspolitisch umgesetzt, was dazu führte, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr nur auf ihre körperlichen Beeinträchtigungen reduziert werden. Genetische Diagnostik als ein Aspekt im Zusammenhang mit der Zunahme genetischen und biomedizinischen Wissens und deren Implikationen (vgl. etwa Helén 2004) tragen nun die Möglichkeit in sich, diese Entwicklung zu verlangsamen oder gar in gewisser Weise rückgängig zu machen.

Im sich gegenwärtig verändernden biopolitischen Kontext müssen Strategien, die sich auf Gesundheit, Krankheit und Beeinträchtigung beziehen, im Zusammenhang mit neuen Konfigurationen von Wissen, Macht und Subjektivität diskutiert werden (vgl. Rabinow and Rose 2003: 28, 30). Die schnell fortschreitenden Entwicklungen im Bereich der Biomedizin eröffnen - so hofft man - neue Ansätze für Prävention, Diagnostik und Therapie bisher nicht oder nur begrenzt heilbarer Krankheiten, was das Verständnis von Gesundheit, Krankheit und Behinderung sowie auch die "Grenzen" zwischen diesen Begriffen sowohl direkt als auch indirekt berührt (vgl. Einsetzungsauftrag Enquete-Kommission 2000). Barbara Duden und Beate Zimmermann stellen fest, dass es im "Zeitalter der Neuen Genetik" zu Sinnverschiebungen im gesellschaftlichen Verständnis von Gesundheit, Krankheit und Behinderung kommt (Duden und Zimmermann 2000: 3). Es besteht im Kontext der Fokussierung auf genetisch bedingte und angeborene Krankheiten und

Behinderungen jedenfalls die Gefahr, dass Behinderung wieder zunehmend im Sinne eines medizinischen Modells von Behinderung (vgl. Hirschberg 2003; Wolbring 2003) verstanden wird, Menschen mit Behinderungen auf ihre körperlichen Beeinträchtigungen reduziert werden und die Bedeutung des behindernden gesellschaftlichen Kontexts auf diese Weise wieder hinten gestellt wird.

Gerade im Diskurs um Behinderung treten im Zuge des Entwickelns neuen genetischen Wissens individuelle und kollektive, politische und techn(olog)ische sowie rechtliche und ethische Konnexen und Bezüglichkeiten zutage (vgl. Rabinow and Rose 2003: 21), die die Bedeutung des sozio-politischen Kontextes für diese Auseinandersetzung betonen und die zugleich ein bestimmtes Verhältnis von Fremd- und Selbstführung (als der Wirkung des kollektiven, gesellschaftlichen Kontexts, in dem sich individuelle Entscheidungen formen und in den sie eingebettet sind) implizieren (Lemke 2000: 229; vgl. Prainsack 2004: 17). Fortschritte der Biomedizin und der Genetik bergen großes Potenzial zur Umformung von Gesellschaft und Leben in sich, da sie mittels einer Reihe biopolitischer Praktiken und Diskurse in das gesamte soziale Gefüge eingebunden sein werden (Rabinow 2004: 138). Praktiken und Strategien, die Fragen des politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit neuem genetischem Wissen betreffen, sind in diesem Zusammenhang nicht mehr auf bestimmte Akteure wie den Staat (oder auch Ärzte) beschränkt. Die "Regierung genetischer Risiken", die Thomas Lemke als "genetische Gouvernementalität" bezeichnet, etabliert eine neue Körperpolitik, die jede(n) Einzelne(n) von uns anhält, mit dem eigenen Körper und der Gesundheit möglichst ökonomisch umzugehen (Lemke 2000: 230).

Was dies in Bezug auf Menschen mit Behinderungen bedeutet beziehungsweise bedeuten kann, wird beispielsweise deutlich, wenn man sich den Implikationen der genetischen Diagnostik zuwendet. In einem Umfeld, in dem es zu einem voran schreitenden Rückzug des Staates als Garant sozialer Sicherheit und Solidarität (vgl. Lemke 2001) kommt und in dem sich zugleich durch pränatale Diagnostik Möglichkeiten ergeben, Beeinträchtigungen frühzeitig zu erkennen, steht die Frage im Raum, warum es heute noch "notwendig" ist, diese Menschen zur Welt zu bringen (vgl. Rau 2001: 23). Behinderung könnte in diesem Kontext als

Schädigung der Gesellschaft verstanden werden, wie dies der frühere deutsche Bundespräsident Johannes Rau ausdrückt (Rau 2001: 23). Damit würden und werden zugleich aber auch bereits lebende Menschen mit Behinderungen zum Objekt der Diskussion (vgl. Graumann 2002; Volz 2003). Abgesehen von der Tatsache, dass nur ein äußerst geringer Teil der Behinderungen pränatal bedingt und angeboren ist, es daher lediglich zu einer vermeintlichen Verhinderung von Behinderung durch pränatale Diagnostik kommt, und auf diese Weise die Illusion der Machbarkeit von Gesundheit und Vermeidbarkeit von Krankheit gefördert wird, wird durch diesen Fokus auf pränatal feststellbare Behinderungen Risiko "individualisiert", was auf ein neues "Stigma für all jene, die den Normen nicht entsprechen", hinausläuft (Duden und Zimmermann 2000: 93; vgl. auch Helén 2004: 30). Insgesamt ist diese Entwicklung umso paradoxer, bedenkt man, dass - wie oben erwähnt - Menschen mit Behinderungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten erfolgreich an einer De-Biologisierung von Behinderung gearbeitet haben (Duden und Zimmermann 2000: 95), zugleich jedoch durch genetische Diagnostik genau der Aspekt der Biologisierung betont wird (vgl. Lemke 2004: 8).

Die Macht der Norm und des "Normalen"

Die Diskussion um genetische Diagnostik und ihr Verhältnis zum und ihre Bedeutung für den Diskurs um Behinderung hängt in mehrfacher Weise mit dem Verständnis von Norm zusammen. Norm wird nach Canguilhem als etwas verstanden, was einen Machtanspruch in sich trägt, die Norm ist nicht einfach als ein Erkenntnisraster zu verstehen, sondern sie ist ein Element, von dem aus eine bestimmte Machtausübung begründet und legitimiert werden kann, wie Michel Foucault ausführt (Canguilhem zit. nach Foucault 2003: 72). Im vorliegenden Fall verläuft die Ausgrenzung über Norm entlang bestimmter Begriffe, die sich auf den Körper (der Körper wird auf diese Weise zum Fundort einer neuen Identität, zur Grundlage der Bestimmung von Identität überhaupt, wie es Thomas Lemke formuliert (Lemke 2000: 241)) beziehen. Werden bestimmte Eigenschaften und Fähigkeiten zur Norm erklärt und das Vorhandensein bestimmter Beeinträchtigungen als Abweichung von der Norm gesehen, wird die Frage der Ausgrenzung im Sinne von Nicht-

Abweichung beziehungsweise Abweichung von diesen Fähigkeiten, Eigenschaften und Beeinträchtigungen verstanden (Bohn 2003: 40 f). Das Konzept der Norm bringt also ein anderes Konzept mit sich, nämlich jenes der Extreme und Abweichungen, was in Bezug auf den Körper bedeutet, dass in einer Gesellschaft, in der ein bestimmtes Konzept der Norm angewendet wird, Menschen mit Behinderungen als Abweichung von dieser Norm angesehen werden (Davis 1997: 13). Norm, die hier über Körper(lichkeit) erzeugt wird, ist zweifach wirksam: Über den "anormalen" Körper von Menschen mit Behinderungen an sich sowie über die "negative Auswirkung" dieses Körpers auf die Ausbildung und Erhaltung bestimmter, für wesentlich angesehener Fähigkeiten und Eigenschaften. Die "Tyrannei der Norm" (Davis 1997: 13) - versinnbildlicht in der Gauss-Glocke - wirkt vor allem an den Rändern und an den Grenzen zwischen Norm und Nicht-Norm sowie zwischen Normalem und Anormalem (vgl. Bohn 2003: 40 f; Davis 1997: 13).

Die Grenzen und Ränder der Norm zur Nicht-Norm, zum Anormalen, trennen bestimmte Teile der Gesellschaft von der Mehrheit ab und betreffen dadurch in unmittelbarer Weise das Subjekt in seiner Positionierung innerhalb oder außerhalb der Gesellschaft (vgl. Ewald 1991: 169; Foucault 1994: 246; Foucault 1999: 161). Norm individualisiert zugleich, sie ist das Maß, "das unaufhörlich zu individualisieren gestattet und zugleich vergleichbar macht" (Ewald 1991: 168). Wesentlich scheint hier der Aspekt der Individualisierung durch Norm zu sein, was unmittelbare Auswirkungen auf das Verständnis von Behinderung, aber auch auf Fragen der Identität hat. Die hinter der Ausgrenzung verborgenen Vorstellungen von Normalität, Norm und deren Grenzen sind hier jedenfalls im Sinne Michel Foucaults als Machtstrategie zu verstehen, als Gesamtheit der Mittel, "die aufgebieten werden, um ein Machtdispositiv funktionieren zu lassen oder aufrechtzuerhalten" (Foucault 1999: 199), Macht wirkt also auf diese Weise über die Norm auf den Körper.

"Normalität" und genetische Diagnostik

Normalität kann sowohl Normativität im Sinne des Sanktionierten als auch Normalität im Sinn von Abweichung bedeuten (Bohn 2003: 40 f). In allen Fällen geht es um das

Ziehen von Grenzen, einerseits um Grenzen des Erlaubten und Möglichen, andererseits um Grenzen des Normalen zum Anormalen. Normalität kommt im Zusammenhang mit pränataler Diagnostik in mehrfacher Weise zum Tragen: Einerseits betrifft sie Fragen des Verständnisses und daraus resultierend des Umgangs mit "normalen" beziehungsweise "anormalen" Körpern (und damit selektive, eugenische Maßnahmen (vgl. Duden und Zimmermann 2000: 92)), andererseits bezieht sich "Normalität" auf die mittlerweile routinemäßige Anwendung der Diagnostik selbst (vgl. Duden und Zimmermann 2000: 92). Beide Aspekte haben direkte Auswirkungen auf Behinderung und auf Menschen mit Behinderungen, denn sie bestimmen mit, was im Rahmen "genetischer Verantwortung" (vgl. Novas and Rose 2000: 485), erwünscht, erwartet oder gar zulässig ist. Ein weiterer Punkt des Verhältnisses zwischen "Normalität" und genetischer Diagnostik zeigt sich, richtet man den Blick auf die seit geraumer Zeit vor allem in den USA und neuerdings auch bei uns geführte Debatte um eine mögliche "Variante" genetischer Selektion: Am Beispiel eines lesbischen gehörlosen Paares, das sich für ihre Kinder Gehörlosigkeit erhofft hatte und durch gezielte Samenspenderwahl dieses auch umsetzen konnte, wurde kürzlich in diesem Zusammenhang auch bei uns (Ziegler 2004: 20 f) die Frage diskutiert, ob Menschen mit bestimmten Beeinträchtigungen, die diese auch bei ihren Kindern erhoffen, derart zu pränataler Selektion (die im vorliegenden Fall jedoch nicht zum Einsatz kam) greifen dürfen, dass Kinder ohne diese Beeinträchtigungen nach einer pränatalen Diagnose abgetrieben werden. Im Kontext biopolitischer Strategien, die die "reproductive choice" (Rabinow and Rose 2003: 21 f) im Sinne einer Selektion von Embryos betreffen, und in deren Zusammenhang es um die Rhetorik der Wahl und die Ethik der Autonomie geht (Rabinow and Rose 2003: 21 f; vgl. auch Helén 2004: 43), wird zugleich die Frage relevant, wer in diesem Umfeld das Recht auf Selektion hat, beziehungsweise welche Selektion "zulässig" ist, als "normal" (im Sinne eines bestimmten Handlungsrahmens und bestimmter Vorstellungen von Gesundheit, Krankheit und Behinderung) erachtet wird, und welche Form der Selektion gesellschaftlich und politisch nicht akzeptiert wird.

Die Debatte (die sowohl bei Menschen ohne als auch bei jenen mit Behinderungen kontro-

versielle Reaktionen hervorgerufen hat) wirft insgesamt Fragen zur Problematik der "Reproduktionsautonomie" an sich sowie in Bezug auf Behinderung und deren Selektion und "Vermeidung" durch pränatale Diagnostik auf: Ebenso wie Eltern bestimmte, jedoch von der "nicht behinderten" gesellschaftlichen Mehrheit als Beeinträchtigungen oder Behinderungen bezeichnete Merkmale bei ihren zukünftigen Kindern bevorzugen und unter anderem mit Hilfe der Pränataldiagnostik verwirklichen wollen, können umgekehrt genau jene Beeinträchtigungen und Behinderungen als Anlass dafür genommen werden, diese Kinder nicht zur Welt zu bringen. Jedenfalls ist die zweite "Variante" der Selektion gesellschaftlich und politisch akzeptiert - wenn sie auch diskutiert wird -, wohingegen die erste "Variante" als mehr oder weniger inakzeptabel aufgefasst wird, sich jedoch tatsächlich auf denselben erlaubten autonomen Raum der Reproduktion und dieselbe Kategorie erlaubter Reproduktionsautonomie (vgl. Degener zit. in Spiewak und Viciano 2002) bezieht wie die andere "Variante".

Biopolitik der Behinderung

Wie bereits eingangs festgehalten, umfasst Biopolitik spezifische Strategien, die sich auf die menschliche Gesundheit und Krankheit beziehen und in deren Rahmen bestimmte Formen von Wissen, bestimmte Autoritäten und Interventionen sowie Praktiken relevant sind beziehungsweise eingesetzt werden (Rabinow and Rose 2003: 3). Im vorliegenden Beitrag wurde versucht, aus der Perspektive von Behinderung an bestimmte biopolitische Strategien im Kontext der "reproductive choice" (Rabinow and Rose 2003: 21 f, die den Bereich der Reproduktion als den bio-politischen Raum par excellence verstehen) heran zu gehen, die Selektion von Embryos durch genetische (pränatale) Diagnostik betreffen. Wie sich zeigt, dienen Normen in diesem Kontext mehrfach als "Träger von Machtansprüchen" und zwar im Sinne einer Fortsetzung bestimmter Machtverhältnisse: Durch die voran schreitende Entwicklung biomedizinischen und genetischen Wissens und dessen Bedeutung im Kontext einer entstehenden "vital politics" (vgl. Helén 2004: 28) und damit zusammenhängend einer Zunahme des Risikos (was die genetische Diagnostik auf verschiedenen Ebenen betrifft) werden zwar neue "Autoritäten" geschaffen, die Verantwortung

übernehmen und Entscheidungen treffen müssen und sollen. Das Treffen der Entscheidungen und das Tragen der Verantwortung erfolgt jedoch hierbei nicht tatsächlich autonom (sondern immer auch auf den gesamt gesellschaftlichen Kontext bezogen und in diesen eingebettet), und zusätzlich wird diese "Autorität zur Entscheidung" - wie im Beispiel kurz gezeigt wurde - entsprechend bestimmter Normvorstellungen nicht allen zuerkannt. Macht und Machtverhältnisse sind an Normvorstellungen gekoppelt, diese wiederum an ein bestimmtes Verständnis von Behinderung. In Einschränkung der Aussage von Paul Rabinow bergen die Fortschritte der Biomedizin zwar an sich großes Potenzial zur Umformung von Gesellschaft und Leben (Rabinow 2004: 138), im Falle von Behinderung tragen jedoch gegenwärtige biopolitische Praktiken und Diskurse auf der Basis bestehender Norm- und Machtverhältnisse eher das Potenzial in sich, alt hergebrachte Ansichten von Behinderung zu verstärken, anstatt sie zu verändern. Insofern muss die positive Sichtweise von "genetischem Risiko" als etwas, was "new and active relations to oneself and one's future" herstellt und "genetische Verantwortung" hervor ruft (Novas and Rose 2000: 485), eingeschränkt werden, denn gerade der Aspekt der Re-Biologisierung hat im Diskurs um Behinderung wesentliche negative Auswirkungen.

Ursula Naue

Dissertantin am ipw

2004-2006 Mitarbeit am Projekt "Disability, Identity and Politics" (Nationalbank/Jubiläumsfonds)

Literatur:

Bohn, Cornelia (2003): Mediatisierte Normalität. Normalität und Abweichung systemtheoretisch betrachtet. In: Link, Jürgen und Neuendorff, Hartmut (Hg.). "Normalität" im Diskursnetz soziologischer Begriffe. Heidelberg, 39-50.

Corker, Mairian and French, Sally (2002): Reclaiming Discourse in Disability Studies. In: Corker, Mairian and French, Sally (eds.). Disability Discourse. Buckingham, 1-11.

Davis, Lennard J. (1997): Constructing Normalcy, in: Davis, Lennard J. (ed.). The Disability Studies Reader. New York - London, 9-28.

Duden, Barbara und Zimmermann, Beate (2000): Aspekte des Wandels des Verständnisses von Gesundheit / Krankheit / Behinderung als Folge der modernen Medizin. Gutachten für die Enquete-Kommission "Ethik und Recht der modernen Medizin" (14. Wahlperiode).

http://www.bundestag.de/parlament/kommissionen/archiv/medi/medi_gut_dud.pdf (13.11.2004).

Einsetzungsauftrag Enquete-Kommission (2000): Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode 22.3.2000. Drucksache 14/3011. Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Einsetzung einer Enquete-Kommission "Recht und Ethik der modernen Medizin".

http://www.bundestag.de/parlament/kommissionen/archiv/medi/medi_aha.html (15.11.2004).

Ewald, François (1991): Eine Macht ohne Draußen. In: Ewald, François und Waldenfels, Bernhard (Hg.). Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken. Frankfurt am Main, 163-170.

Foucault, Michel (1994): Das Subjekt und die Macht. Nachwort von Michel Foucault. In: Dreyfus, Hubert L. und Rabinow, Paul. Michel Foucault. Jenseits und Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim. 241-261.

Foucault, Michel (1997): Der Mensch ist ein Erfahrungstier, Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (1999): Wie wird Macht ausgeübt? In: Engelmann, Jan (Hg.). Michel Foucault. Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien, Stuttgart, 187 - 201.

Foucault, Michel (2002): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Erster Band. Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (2003): Die Anormalen. Vorlesungen am Collège de France (1974-1975). Frankfurt am Main.

Graumann, Sigrid (2002): Wie sieht die Gesellschaft Behinderungen - Ist "gesund" gleich "normal"? Ethische und philosophische

Grundlagen. Internet-Angebot der Zeitschrift Das Parlament Nr.29-30/22./29.07.2002. http://www.bundestag.de/2002/29_30/Thema/031.html (13.11.2004).

Helén, Ilpo (2004): *Technics over Life: Risk, Ethics and the Existential Condition in High-Tech Antenatal Care*. *Economy and Society* Vol. 33, No. 1, 2004, 28-41.

Hirschberg, Marianne (2003): Die Klassifikationen von Behinderung der WHO. Gutachten erstellt im Auftrag des Institutes Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW). Berlin.

Ziegler, Elke (2004): Unerhörte Gehörlose? Heureka Heft 3/2004. Das Wissenschaftsmagazin im Falter, 20-21.

Lemke, Thomas (2000): Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich, Krasmann, Susanne und Lemke, Thomas (Hg.). *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main, 227-264.

Lemke, Thomas (2001): "The Birth of Bio-Politics" - Michel Foucault's Lecture at the Collège de France on Neo-Liberal Governmentality. *Economy and Society* Vol. 30, No. 2, 2001, 190-207.

Lemke, Thomas (2002): Biopolitik im Empire - Die Immanenz des Kapitalismus bei Michael Hardt und Antonio Negri. In: *Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 32. Jg., Nr. 4, 619-629. <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Biopolitik%20im%20Empire.pdf> (13.11.2004).

Lemke, Thomas (2004): *Veranlagung und Verantwortung. Genetische Diagnostik zwischen Selbstbestimmung und Schicksal*. Bielefeld.

Novas, Carlos and Rose, Nikolas (2000): Genetic Risk and the Birth of the Somatic Individual. *Economy and Society* Vol. 29, No. 4, 2000, 485-513.

Prainsack, Barbara (2004): *Vorsorgende Körper: Medizin und Gesundheit im Kontext des neoliberalen Risikos*. *Politix* 16/04, 17-18.

Rabinow, Paul and Rose, Nikolas (2003): *Thoughts on the Concept of Biopower Today*.

<http://www.lse.ac.uk/collections/sociology/pdf/RabinowandRose-BiopwerToday03.pdf> (8.9.2004).

Rabinow, Paul (2004): *Anthropologie der Vernunft. Studien zu Wissenschaft und Lebensführung*. Frankfurt am Main.

Rau, Johannes (2001): Wird alles gut? - Für einen Fortschritt nach menschlichem Maß. In: Graumann, Sigrid (Hg.). *Die Genkontroverse. Grundpositionen*. Freiburg - Basel - Wien.

Rose, Nikolas (2001): *The Politics of Life Itself. Theory, Culture & Society* 2001, Vol. 18 (6), 1-30.

Spiewak, Martin und Viciano, Astrid (2002): Wunschkind. *Die Zeit Wissen* 18/2002. http://www.zeit.de/2002/18/Wissen/print_200218_m-lesbenbaby.html (13.11.2004).

Thomas, Carol (2002): Disability Theory: Key Ideas, Issues and Thinkers. In: Barnes, Colin, Oliver, Mike and Barton, Len (eds.). *Disability Studies Today*. Cambridge, 38-57.

Volz, Sibylle (2003): Diskriminierung von Menschen mit Behinderung im Kontext von Präimplantations- und Pränataldiagnostik. In: Graumann, Sigrid und Grüber, Katrin (Hg.). *Medizin, Ethik und Behinderung*. Frankfurt am Main, 72-88.

Wolbring, Gregor (2003): *The Right to be Different*. Tagungsunterlagen online. Tagung Differenz anerkennen - Ethik und Behinderung. Berlin, 5. und 6. Dezember 2003. <http://www.bioethicsanddisability.org/imew.html> (12.12.2003).

Mutterschaft auf Krankenschein?

Biotechnologie und Weiblichkeit in Israel

Von Barbara Prainsack

Anfang 1998 erhielt eine Expertin im israelischen Justizministerium einen Anruf. "Können Sie mir helfen?", fragte die Stimme am anderen Ende der Leitung, "ich möchte mich gerne klonen lassen". Die Expertin, welche zu jener Zeit tatsächlich mit der Ausformulierung eines Gesetzesentwurfes zur Beschränkung reproduktiven Klonens beschäftigt war, traute ihren Ohren nicht. Sie vermutete, dass sich hier eine Freundin einen Spaß mit ihr erlaubte. Bald jedoch stellte es sich heraus, dass es die andere völlig ernst mit ihrem Anliegen meinte: Die Anruferin, eine orthodoxe Jüdin aus dem Jerusalemer Stadtteil Mea Shearim, war unfruchtbar und hatte sich vor einer eventuellen Inanspruchnahme reproduktionsmedizinischer Hilfestellungen von ihrem Rabbiner beraten lassen, eine für orthodoxe Jüdinnen und Juden übliche Vorgangsweise. Der Rabbiner hatte der Frau geraten - im Hinblick darauf, dass es einige halachische (1) Probleme mit genetischen Spendermaterialien wie Eizellen und Sperma gibt - sich zu erkundigen, ob es denn bereits möglich sei, sich klonen zu lassen. Darauf hatte die religiöse Frau die Expertin im Justizministerium ausfindig gemacht (2).

Szenenwechsel. In einer Debatte um illegale Spender-Eizellen-Importe nach Israel, wo Eizellen-Spenden an unfruchtbare Paare oder einzelne Frauen nur dann erlaubt sind, wenn sich die Spenderin selbst einer künstlichen Befruchtung unterzieht, meldete sich die Vorsitzende des "Knesset-Komitees zur Verbesserung des Status von Frauen", die Arbeiterpartei-Abgeordnete Yael Dayan, zu Wort. Sie prangerte allerdings nicht die Ausbeutung jener ausländischen Frauen an, welche durch finanzielle Anreize zum Verkauf ihrer Eizellen bewegt worden waren, sondern stellte sich auf die Seite der israelischen Empfängerinnen dieser Spender-Eizellen: Letzten Endes, meinte Dayan, käme es darauf an, allen Frauen zu ihrem Recht auf Mutterschaft zu verhelfen. Eine Stimme der Kritik kam ausgerechnet von einer Reproduktionsmedizinerin: "Das Ganze riecht nach Ausbeutung" (zitiert nach Fishman 2002, Übersetzung BP).

Israel ist bekannt für seine positive Einstellung gegenüber biotechnologischer

Forschung und Technologie, welche in anderen westlichen Ländern mit großer Skepsis oder sogar mit erheblicher Ablehnung betrachtet wird. Dies schlägt sich nicht nur auf der Ebene einer relativ liberalen Gesetzeslage nieder, sondern auch in einem öffentlichen Diskurs, welcher Forschungsfeldern wie embryonaler Stammzellenforschung und reproduktivem Klonen nicht prinzipiell ablehnend gegenübersteht. Reproduktives Klonen, so heißt es in einer Stellungnahme des Bioethik-Komitees der Israelischen Akademie der Wissenschaften, könne "eines Tages eine sichere Technologie darstellen, für die es wichtige individuelle medizinische Anwendungsbereiche gibt" (IASH 2001). Stimmen der Kritik gegenüber der exzessiven Nutzung reproduktivmedizinischer Technologien - Israel hat weltweit die höchste Rate an Fruchtbarkeitskliniken pro Einwohnerin - sind nahezu ungehört. Nicht nur Frauen wie die Anruferin aus Mea Shearim und die Knesset-Abgeordnete Yael Dayan, sondern feministische Gruppierungen im Allgemeinen üben nur sehr spärlich Kritik an der wachsenden Bedeutung und Nutzung medizinisch unterstützter Reproduktion in ihrem Land. Während der Neuverhandlung des seit 1998 geltenden temporären Verbots des reproduktiven Klonens im Frühling 2004 (das Moratorium wäre zu jener Zeit ausgelaufen), wurde eine kleine Gruppe von Frauen aktiv und trat in der Knesset für die Umwandlung des Klon-Moratoriums in ein generelles und permanentes Verbot ein. Einer ihrer Kritikpunkte bezog sich auf die Herkunft der Spender-Eizellen, welche für jegliche Forschung in Verbindung mit menschlichem Klonen in größerer Anzahl benötigt werden. Der Protest der Frauen verhallte in der Knesset praktisch ungehört und löste auch keine Welle weiblicher Solidarisierung mit dem Begehren aus. Das Klon-Moratorium wurde nicht in ein generelles Verbot umgewandelt, sondern seine Geltung um weitere fünf Jahre verlängert.

Was läuft hier "falsch", ist man geneigt zu fragen? Warum gibt es keine Tradition der Technologie-Kritik in einem Land, in dem sich

Ärztinnen und Ärzte über den Druck beklagen, welchen "reproduktions-fanatische" Patientinnen auf sie ausüben? Warum gibt es in einem Land, in dem Frauen im Durchschnitt sehr guten Zugang zu Bildung haben und welches über eine hohe Frauenerwerbsquote verfügt, keine Problematisierung medizinischer Technologien, welche andernorts als Mittel zur Marginalisierung und Objektivierung des weiblichen Körpers angeprangert werden? (3)

Zum einen ist dieses Phänomen sicherlich mit dem bereits angesprochenen öffentlichen Diskurs in Israel zu erklären, welcher Wissenschaft und Technik im Allgemeinen und medizinische Technologie im Besonderen positiv gegenübersteht. Dies wurzelt teilweise in einer jahrzehntelangen zionistischen Tradition, welche Wissenschaft und Technik zuerst als Mittel zur Erreichung der zionistischen Utopie - der Gründung eines jüdischen Staates, welche 1948 verwirklicht wurde - konzipierte und in weiterer Folge als wesentliche Instrumente zur Verteidigung der Kontinuität jüdischer Existenz im Nahen Osten betrachtete. Dazu kommt, dass auch religiöse Stimmen in Israel dem Voranschreiten medizinischer Forschung und Technik prinzipiell positiv gegenüber stehen. Ohne die komplexen und teils kontroversiell geführten rabbinischen Debatten über spezifische medizinische Technologien über einen Kamm scheren zu wollen, kann allgemein festgehalten werden, dass all das, was menschliches Leben schützt, verlängert, erzeugen hilft, und was der Gesundheit dienlich sein kann, im Kontext jüdischer Lehren positiv bewertet und tendenziell unterstützt wird. Auch im christlichen Kontext umstrittene Felder wie die Forschung an embryonalen Stammzellen oder menschliches Klonen werden daher von jüdischen religiösen Autoritäten nicht prinzipiell abgelehnt oder sogar enthusiastisch befürwortet (Wahrman 2002; Barilan & Siegal 2005; Prainsack 2005).

Für ein weiter gehendes Verständnis der Abwesenheit feministischer Problematisierung von Reproduktionstechnologien in Israel ist es jedoch unumgänglich, einen Blick auf die Konstruktion und Funktion "normaler Weiblichkeit" in Israel zu werfen. In der Analyse der wichtigsten gendering factors in Israel, also jener Machtmechanismen, welche Geschlechteridentitäten konstituieren und normieren, bleibt unser Blick hauptsächlich an zwei "staatstragenden" Institutionen haf-

ten: der Armee und der Familie. Die Teilnahme in ersterer ist bekanntermaßen in Israel nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen im Prinzip verpflichtend. Dies ist vor einem Hintergrund einer programmatischen Geschlechtergleichberechtigung zu sehen, welche dem israelischen Staat seit seiner Gründung innerlich ist. In der Debatte um die Erlassung des Gesetzes über Frauengleichberechtigung (Women's Equal Rights Law) im Jahr 1949 etwa stellte einer der wesentlichen Einwände gegen die Erlassung des Gesetzes das Argument dar, mit der Verabschiedung eines solchen Rechtsaktes könne der Eindruck erweckt werden, Geschlechtergleichberechtigung sei in Israel keine Selbstverständlichkeit (die Befürworterinnen und Befürworter des Gesetzes setzten sich am Ende dennoch durch).

Die Konstruktion des weiblichen Anders-Seins fand in Israel also von Anfang an im Kontext politischer Narrative statt, welche die Existenz der Geschlechtergleichberechtigung - und bis zu einem gewissen Grad auch der Geschlechtergleichheit - bereits als existent betrachteten. Ein Blick auf den Regelungskorpus der Ausnahmen von der allgemeinen Wehrpflicht, welche für Frauen und Männer unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen suggeriert, überzeugt hingegen schnell von der strukturellen "Fehlerhaftigkeit" dieser angeblichen Gleichberechtigung. Männer sind vom militärischen Dienst dann befreit, wenn sie ganztägig an einem religiösen Institut (einer Yeshiva) studieren; Frauen hingegen, welche generell rund ein Jahr kürzer dienen, sind vom Militärdienst befreit, wenn sie schwanger oder verheiratet sind oder wenn ihre Religiosität gegen einen Dienst in der Armee spricht. Auch auf Israel trifft daher die Diagnose der amerikanischen Feministin Cynthia Enloe zu: Männer sind die Armee, Frauen sind in der Armee (vgl. Enloe 2000; Sasson-Levy 2003). Männer werden zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft, indem sie sich am Schlachtfeld opfern; Frauen, welche nur in Ausnahmefällen in Kampfeinheiten zu finden sind, gehen zwar zum Militär, opfern sich dort in der Regel aber nicht. Staatsgründer Ben Gurion hatte bereits 1949 anlässlich der Erlassung des Gesetzes zur Frauengleichberechtigung mit sehr persönlichen Worten beschrieben, worin der Wert der Frauen und das Moment besteht, welches sie zu gleichwertigen Bürgerinnen macht:

"Ich werde über meine Mutter sprechen,

stellvertretend für alle Mütter: Die Mutter ist das Wertvollste für jeden Menschen. Es gibt nichts Unwürdigeres und Beleidigenderes, als zu denken, dass meine Mutter mir nicht gleichwertig wäre... Ich kann es nicht akzeptieren, dass meine Mutter, unsere Mütter, meine Schwester, die auch eine Mutter ist, und meine Tochter, die einmal eine Mutter sein wird, irgendjemand untergeordnet sein sollten. Das ist der einfache, menschliche Grund für dieses Gesetz" (Knesset-Protokoll 1949/9, S. 2131 (in Hebräisch), Übersetzung BP).

Mutterschaft, so scheint es, ist der Clue: Frauen sind doppelt "fit", und sie stellen diese Fitness zweifach unter Beweis: einerseits, indem sie zur Armee gehen, und andererseits, indem sie Mutter werden. "Ich finde, Mutterschaft ist eine Erfahrung, die jede machen sollte - wie der Militärdienst", meint eine israelische Mutter (vgl. auch Berkovitch 1997). Tatsächlich ermöglicht das israelische Gesundheitssystem nicht nur mit Fruchtbarkeits-Problemen kämpfenden verheirateten Frauen Spendersamen oder künstliche Befruchtung weitgehend kostenfrei und auf Krankenschein (bis zum zweiten lebend geborenen Kind, unabhängig davon, wie viele Kinder die Betroffene aus vorangegangenen Beziehungen hat), sondern gesteht dasselbe Recht auch unverheirateten und allein stehenden Frauen zu.

Die hohe Intensität und Frequenz, mit der israelische Frauen von reproduktionsmedizinischen Hilfestellungen Gebrauch machen, ist also keineswegs nur als Ausfluss eines "Zwangs zur Mutterschaft" zu sehen, welcher verheirateten Frauen, abgeleitet vom Recht des "pater familias" auf Nachwuchs, gesellschaftlich oktroyiert wird. Vielmehr ist die "nationale Obsession mit biologischer Elternschaft" (Gross & Ravitsky 2003) in Israel eng mit einer jahrzehntelangen pronatalistischen Tradition verknüpft, in welcher auf Frauen und Männer der Imperativ wirkt, mit einer hohen Geburtenrate das Überleben des Kollektivs garantieren zu helfen (vgl. Kahn 2000). Zudem darf nicht übersehen werden, dass das religiöse Gebot "Seid fruchtbar und mehret euch" nach rabbinischer Mehrheitsmeinung nur für Männer zwingend gilt, während seine Einhaltung Frauen frei gestellt ist (vgl. Biale 1984).

Die fehlende Problematisierung der Gender-Dimension biotechnologischer und medizinischer Forschung in Israel muss also in einem

gesellschaftlichen Kontext gesehen werden, in dem der (religiöse und politische) Imperativ zur Elternschaft erstens von Frauen und Männern unhinterfragt befolgt wird und nicht als exklusives Privileg und als alleinige Verantwortung und Last von Frauen verstanden wird. Dies wird durch die Beobachtung unterstützt, dass im säkularen Sektor der israelischen Bevölkerung Mutterschaft und berufliche Karriere keineswegs unvereinbar sind. Die Wahl zwischen entweder Kindern oder Karriere ist kein israelisches Problem; Kinderlosigkeit ist selbst bei Frauen in höchsten wirtschaftlichen und politischen Positionen kaum anzutreffen. Zweitens ist Kinderlosigkeit sozial so sehr stigmatisiert, dass betroffene Frauen und Männer in der Regel keine Schmerzen, Mühen und Kosten scheuen, um diesem Schicksal zu entgehen. Vor diesem Hintergrund wird die Reproduktionsmedizin von den meisten Frauen als Verbündete und nicht als Gefahr wahrgenommen: die größte Bedrohung stellt nicht die Vereinnahmung und Objektivierung des weiblichen Körpers durch einen mit patriarchalen Gesellschaftsstrukturen untrennbar verwobenen Komplex medizinischer Technologie dar, sondern die Kinderlosigkeit. Andere Felder biotechnologischer Forschung und Technik, solange ihnen das explizite oder implizite Versprechen anhaftet, menschliches Leben erzeugen zu helfen, zu verlängern oder zu verbessern, genießen ebenso wie die Reproduktionsmedizin den Vertrauensvorschuss einer Gesellschaft, die - im Gegensatz zu beispielsweise Deutschland, wo Ärztinnen, Ärzte und die Medizin im Allgemeinen eine Unheil bringende Allianz mit staatlicher Macht eingingen - von der Medizin noch nie enttäuscht wurde.

Der Blick auf Israel erinnert uns Europäerinnen und Europäer zudem wieder einmal daran, dass es "den" feministischen Blickwinkel auf Biotechnologie und Reproduktionsmedizin bzw. "die" feministische Kritik daran wohl nicht gibt. Die vor allem im deutschen Sprachraum häufig reflexartig geäußerte Kritik an allem, was als nicht "natürlich" gilt, nützt der Aufrechterhaltung des Gegensatzpaares "Natur vs. Kultur", welches in einem antinomischen Verhältnis gedacht wird und implizit oft immer noch in verkörpertem Geschlecht seine Entsprechung findet. Die "männliche" Technik (= "Kultur") objektiviert und "übermannt" nicht nur den weiblichen Körper (= "Natur" 1), sondern "technologisiert" nun auch den Reproduktionsakt (= "Natur" 2).

Dies soll selbstverständlich nicht bedeuten, dass feministische Kritik an der Anwendung medizinischer und reproduktionsmedizinischer Technologien nicht sehr häufig wichtig, weil äußerst erhellend bezüglich verdeckter wirkender Machtmechanismen ist; kontraproduktiv sind lediglich umfassende Schuldvermutungen gegenüber all jenen Forschungs- und Technologiefeldern, welche vermeintlich Natürliches durch vermeintlich Künstliches ersetzen. Diese Schuldvermutungen verstellen den Blick darauf, dass biotechnologische Entwicklungen für viele Frauen zu Verbündeten werden können: Auf das Wie kommt es an.

Barbara Prainsack

Lektorin am ipw

Fußnoten:

- (1) Halachah: jüdisches Recht
- (2) Quelle: Private Kommunikation, Jerusalem, Dezember 2001
- (3) Einen guten Überblick über feministische Theorie und Biomedizin bzw. Reproduktionsmedizin im deutschen Sprachraum bieten insbesondere drei Bände: Ellen Kuhlmann und Regine Kollek (Hg), 2002, Konfiguration des Menschen. Biowissenschaften als Arena der Geschlechterpolitik (Opladen: Leske+Budrich); Gabriele Abels, Kathrin Braun, und Teresa Kulawik (Hg), 2002, Feministisch-politologische Perspektiven auf Biomedizinpolitik, ÖZP Schwerpunktheft 32/2; Sigrid Graumann und Ingrid Schneider (Hg), 2003, Verkörperte Technik - entkörperterte Frau. Biopolitik und Geschlecht (Frankfurt am Main: Campus).

Literatur:

Barilan, Yechiel M., & Gil Siegal, 2005, "The stem cell debate: a Jewish perspective on human dignity, human creativity and inter-religious dialogues", in: Bender, Wolfgang, Alexandra Manzei & Christine Hauskeller (Hg), Crossing borders. Cultural, political and religious differences concerning stem cell research (Amsterdam, NY: Rodopi Publishing House), in Druck.

Berkovitch, Nitzza, 1997, "Motherhood as a national mission: The construction of womanhood in the legal discourse in Israel", in: Women's International Forum 20/5-6, 605-619.

Biale, Rachel, 1984, Women and Jewish Law. The Essential Texts, Their History, and Their Relevance for Today (New York: Schocken Books).

Enloe, Cynthia, 2000, Maneuvers: the International Politics of Militarizing Women's Lives (Berkeley: University of California Press).

Fishman, Rachele, 2002, "Mixed reactions to approval of human ova imports into Israel", in: The Lancet 359 (12. Jänner), 143.

Gross, Michael L., & Vardit Ravitsky, 2003, "Israel: Bioethics in a Jewish-Democratic State", Cambridge Quarterly of Healthcare Ethics 12/3, 247-255.

Israeli Academy of Sciences and Humanities (IASH), 2001, Report of the Bioethics Advisory Committee of the Israeli Academy of Sciences and Humanities on The Use of Embryonic Stem Cells for Therapeutic Research, August, http://stwww.weizmann.ac.il/bioethics/PDF/Embryonic_Stem_Cells.pdf.

Kahn, Susan Martha, 2000, Reproducing Jews. A Cultural Account of Assisted Conception in Israel (Durham, NC: Duke University Press).

Prainsack, Barbara, 2005, "Streitbare Zellen? Die Politik der Bioethik in Israel", in: Leviathan 1, in Druck.

Sasson-Levy, Orna, 2003, "Feminism and Military Gender Practices: Israeli Women Soldiers in 'Masculine' Roles", in: Sociological Inquiry 73/3, 440-465.

Wahrman, Miryam Z., 2002, Brave New Judaism: When Science and Scripture Collide (Hanover, MA: Brandeis University Press).

Warum Biopolitik?

Von Sebastian Reinfeldt

Die philosophische Diskussion um Biopolitik speist sich aus drei Textquellen: Da sind als erstes die Arbeiten des französischen Philosophen und Epistemologen Michel Foucaults zu nennen, die die Diskussion seit 1975 geprägt haben. Zweitens gibt es eine ganze Reihe ethischer und bio-ethischer Texte, in denen die Frage nach der Grenze des menschlichen Lebens gestellt wird und die sich parallel zu den Bio-Technologien entwickelt haben, als eine Art fortlaufender Kommentar zu den seitens der westlichen Regierungen aufgelegten Technologieprogrammen. Und drittens sind seit Mitte der 90er Jahre die Arbeiten Giorgio Agambens einschlägig, in denen das Thema explizit an die Problematik politischer Souveränität heutzutage gebunden wird. Warum sollten wir uns also mit Biopolitik beschäftigen, wo liegt ihre Aktualität und ihre Dringlichkeit?

Um eine Antwort zu finden, möchte ich einen überblicksartigen Rundgang durch die erwähnten Textstränge unternehmen und hier meine Argumente zusammentragen. Mit Biopolitik verbindet sich nämlich letztlich der Anspruch, eine zentrale Machtkonstellation unserer Zeit zu entziffern und hier die relevanten Widerstandspunkte anzusetzen.

Dabei war der Terminus bei Michel Foucault eher ein Exempel. Er beschrieb damit einen Aspekt des bei ihm neuen Begriffs moderner Macht als ein asymmetrisches Kräfteverhältnis im Diagramm der Kämpfe. Biopolitik war systematisch gebunden an das Macht-Dispositiv der Sexualität und mit staatlichem Rassismus verknüpft, weil Foucault die Machtergreifung auf das Leben und den Körper im 19. Jahrhundert (!) auch als Resultat der vielfältigen Kämpfe um den Körper gedeutet hat (1). Nur so könne man der geläufigen Maske moderner Macht als souveräne Okkupation lebendiger Energien und weißer Räume entgehen, die so unterschiedlichen Zugängen wie etwa dem kanonisierten Marxismus, der klassischen Soziologie oder der klassischen politischen Philosophie

eigen ist. Auch konnte Foucault auf diese Weise argumentieren, dass Rassismus nicht das Andere, das Irrationale und Exzessive moderner Macht ist, sondern in deren Konstitution mit eingeschrieben ist, also im Horizont politischer Rationalität liegt - und nicht außerhalb.

Jedenfalls ist Biopolitik bei Foucault eingelassen in eine verdeckte Souveränitätsproblematik, denn er möchte Macht ausdrücklich nicht-juridisch konzipieren. Das Recht sei vielmehr nur ein Einsatz der Macht. Deshalb löst er sich von den geläufigen Vertragstheorien souveräner Machtergreifung von Thomas Hobbes über J.J. Rousseau bis Jürgen Habermas. In ihnen wird "Leben" als eine zu formende natürliche Materie begriffen, als das Außen politischer und sozialer Regelungen. Sie begreifen das Recht als zentrales politisches Medium und erklären dessen In-die-Welt-Kommen durch außerjuridische politische Umstände oder durch das Setzen wesenhafter menschlicher Qualitäten, durch einen Naturzustand. Der jahrhundertlange Streit entbrannte dann über die Frage, ob die menschliche Natur friedlich-kooperativ oder kriegerisch-utilitaristisch sei.

Macht ergreift das Leben, sie geht über und durch den Körper, der nicht das passive Objekt der Biopolitik ist, sondern auch ihr Einsatz: Körperertüchtigung, Züchtung, Disziplin und Sex sind im 19. Jahrhundert im Entstehen der Disziplinargesellschaft aufeinander bezogen worden. Sie sind produktiv - sie schaffen neuartige Körperverhältnisse. In Foucaults Analysen wird diese Produktivität aber nicht als die neueste Finte der Mächtigen verstanden, sondern als Resultat der vielfältigen Kämpfe um die damit beschriebenen gesellschaftlichen Beziehungen aufgefaßt, die wir etwa in den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels oder in den Werken eines Kraft-Ebbing nachlesen können (2).

Dies ist der eine Strang bio-politischer Diskussion. Der zweite, ethische Strang geht mit dem Entstehen eines neuen Dispositivs

einher, das sich weniger um den Sex und mehr um die genetische Codierung kümmert. In den neuzeitlichen Wissensformen ist das der Übergang von der klassischen Anthropologie und Rassenkunde zur Genetik, der auch im Rahmen der NS-Lebenswissenschaften vollzogen worden ist. Weg von der Körper-Vermessung hin zum Blut und den darin lesbaren Genen (3). Es wird nämlich oftmals übersehen, dass der dämonisierte NS-Arzt Josef Mengele und sein Doktorvater Otmar Freiherr von Verschuer den "progressiven" Zweig der NS-Lebenswissenschaften bildeten. Sie interessierten sich - unter anderem in den berüchtigten Feldversuchen im Konzentrationslager Auschwitz - für das Blut der Menschen und nicht mehr für den Augen-Nasen-Index (4). Dieser Weg zur menschlichen Natur über die Gene wurde dann in der Nachkriegszeit zum Paradigma der Humanbiologie, die wiederum die leitende Menschen-Wissenschaft wurde. In dem Moment aber, als sich technologische Möglichkeiten abzeichneten, nicht nur den Gen-Code des Menschen zu entziffern, sondern diesen auch wirksam zu re/produzieren, entstand eine kaum übersehbare kommentierende Literatur zur Ethik, die die Wissenschaft gegen die Praktiken der NS-Zeit immunisieren sollte. Was kann und darf der Mensch (mit sich) machen (lassen)? Hier sind drei Positionen erkennbar, einmal eine defensiv-religiöse, die von der Achtung für die göttliche Schöpfung ausgeht und feste Grenzen setzt, dann eine offensive Herangehensweise, die ein flexibles Moralmanagement bezüglich des technisch Möglichen fordert, und eine ästhetische, die entweder die Mensch-Maschine-Grenzen verschieben möchte oder aber die historische Geschlechterkonstitution bio-technisch subvertieren will.

Der dritte Strang bio-politischer Überlegungen verbindet sich mit dem Namen Giorgio Agamben, der sie systematisch an die Konstitution souveräner moderner Macht bindet. Man könnte argumentieren, dass die beiden oben genannten Diskussionsthemen hier aufgenommen und systematisch behandelt werden. Eine kritische Lektüre der Arbeiten von Carl Schmitt und ihre Bezug-Nahme auf real-historische Entwicklungen münden in dieser eindringlichen Aussage: "Die Politik ist nun buchstäblich die Entscheidung über das Unpolitische (das heißt das nackte Leben). (...) Das Lager (...) ist die verborgene Matrix der Politik, in der wir auch heute noch leben und die wir durch alle Metamorphosen hindurch zu erkennen lernen müssen (...)." (5)

Das Lager - das es bereits vor den Konzentrationslagern gegeben hat, und das momentan vielfältige Ausprägungen aufweist - ist die Materialisierung moderner souveräner Macht, so lautet seine These. In der Biopolitik wird diese eindringlich lesbar. Die Vernichtung ist immer noch möglich, solange moderne Souveränität, so wie Carl Schmitt sie treffend analysiert hat, sich im permanenten Ausnahmezustand offenbart.

Nun scheint es auf den ersten Blick so, dass Agamben die Perspektive Foucaults umdreht und das klassische Thema der souveränen Macht, die von oben in die Gesellschaft einschneidet, wieder aufnimmt. Vertritt er nicht, wie etwa Thomas Lemke meint, eine juristische Konzeption der Macht, die einfach nicht adäquat ist (6)? Oder, um eine andere Kritik von Richard Schwarz und Michael Heister zu nennen, verfällt er nicht in das typische Problem der Kritischen Theorie, dass eine eherne und überhistorische Funktionslogik angenommen wird, die negativ eben die der Vernichtung ist (7).

Ich denke, und dies ist meine Abschlussthese, dass Biopolitik tatsächlich der Schlüssel zum Verständnis (post-)moderner Macht ist und daher studiert gehört. Das Lager ist natürlich auch Gegenstand gesellschaftlicher Kämpfe; der permanente Ausnahmezustand ist nicht eine juristische Konstruktion, sondern er ist ebenso eine historische Erfahrung (vgl. die achte geschichtsphilosophische These von Walter Benjamin) (8) wie eine der ungenannten Voraussetzungen zeitgenössischer Macht. Diese verspricht im Namen des Humanen zu agieren, zögert aber nicht, dieses auszulöschen, wenn nötig.

Sebastian Reinfeldt

Lektor am ipw

Er hat unlängst mit "semiosis" eine Arbeitsstelle für angewandte Semiotik ins Leben gerufen

Fußnoten:

(1) Körper und Leben sind nicht gleichbedeutend; Leben bezeichnet die biologischen Aspekte menschlicher Existenz, die sich unter anderem im Leib verkörpern.

(2) Oder in den Texten des Rassenkampfes. Vgl. Michel Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt/M. 2001 (Vorlesung

vom 4. Februar 1976)

(3) vgl. Peter Weingart u.a., Rasse, Blut und Gene, Frankfurt/M. 2001; Stephen Jay Gould, Der falsch vermessene Mensch, Frankfurt/M. 1988

(4) Auch die klassischen Anthropologen verstanden die Konzentrationslager als wissenschaftliche Laboratorien. So wurden auch Menschen-Vermessungen in Konzentrationslagern durchgeführt, zur Bedeutung der Rassenkunde im Nationalsozialismus siehe die Literaturliste unter:

http://members.aon.at/schloss-hartheim/HH%20HTML/Literatur_1.htm

(5) Giorgio Agamben, Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt/M. 2002, S.182 und 185

(6) Thomas Lemke, "Die politische Ökonomie des Lebens. Biopolitik und Rassismus bei Michel Foucault und Giorgio Agamben", in: Ulrich Bröckling u.a. (Hg.), Disziplinen des Lebens. Zwischen Anthropologie, Literatur und Politik, Tübingen 2004.

(7) Vgl. Michael Heister und Richard Schwarz, Kritik der Biopolitik - Kritik der Souveränität. Zur politischen Philosophie Giorgio Agambens und Antonio Negris

<http://www.episteme.de/htmls/HeiSchw.html>

(8) "Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht." (in: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt/Main 1965, S. 84.

Literatur:

Giorgio Agamben, Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt/M. 2002

Walter Benjamin, Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt/M. 1965

Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, Thomas Lemke (Hg.), Gouvernamentalität der Gegenwart, Frankfurt/M. 2000

Michel Foucault, Der Wille zum Wissen Band 1, Frankfurt/M. 1978

Michel Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt/M. 2001

Stephen Jay Gould, Der falsch vermessene Mensch, Frankfurt/M. 1988

Michael Heister und Richard Schwarz, Kritik der Biopolitik - Kritik der Souveränität. Zur politischen Philosophie Giorgio Agambens und Antonio Negris, www.episteme.de, Nr.3

Richard von Krafft-Ebbing, Psychopathia sexualis. Eine klinisch-forensische Studie. Stuttgart 1886, Nachdruck: München 1984

Thomas Lemke, "Die politische Ökonomie des Lebens. Biopolitik und Rassismus bei Michel Foucault und Giorgio Agamben", in: Ulrich Bröckling, Benjamin Bühler, Marcus Hahn, Matthias Schöning und Manfred Weinberg (Hg.), Disziplinen des Lebens. Zwischen Anthropologie, Literatur und Politik, Tübingen: Gunter Narr Verlag 2004

Peter Weingart u.a., Rasse, Blut und Gene, Frankfurt/M. 2001

Die Implosion der Grenzen

Zum Begriff der Biopolitik im "Empire"

Von Markus Wolschlager

Der Begriff Biopolitik wird meist synonym mit dem Begriff der Biomacht gebraucht, und beide spiegeln ein enormes Spannungsverhältnis wider. Im Wort ‚Biopolitik‘ steckt die Widersprüchlichkeit des Menschen in seiner natürlich-biologischen und kulturell-sozialen Dimension, es handelt sich also um eine hybride "Implosion der Grenzen zwischen Natur und Kultur". (1) Im biopolitischen Begriff spiegelt sich das Biologische im Politischen wider. (2) Der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Michael Hardt und der italienische Philosoph und Revolutionär Antonio Negri sprechen in ihrem breit diskutierten Werk "Empire. Die neue Weltordnung" vom "sozialen Bios" (3) und meinen damit das neu formierte gesellschaftliche Leben im Empire. So wie die Postmoderne als Fortsetzung der Moderne gelesen werden kann, sehen Hardt und Negri das Empire als Folgestufe des Imperialismus. Aus marxistischer Perspektive diskutieren sie den Wandel der politischen Macht, die nun den ganzen Körper erfasst habe.

Empirische Daten, welche die Empire-Autoren in ihrem postmodernen Mega-Essay geflissentlich aussparen, könnten etwa folgende zwei Zeitungsnotizen belegen. Zum einen zeigte der britische "Economist" den Zusammenhang von sozialer Stellung in der Gesellschaft und dem biologischen Körpergewicht. Mit höherer Klassenlage sinkt das Übergewicht signifikant, was sich aus der beruflich-sozialen Stellung erklären lässt. (4) Über ein anderes Beispiel berichtet Esther Duflo, Ökonomin am Massachusetts Institute of Technology (MIT), in einem Kommentar für die französische Tageszeitung "Libération". Zwar habe bereits Anfang der 1990er Jahre der Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen unter dem Schlagwort "missing women" zeigen können, dass die Anzahl der Frauen in einer Gesellschaft von deren zugeschriebenem Stellenwert abhängig ist: In Europa gibt es etwa 1050 Frauen pro 1000 Männer, in Afrika 1022 Frauen pro 1000 Männer, in China jedoch nur 940 Frauen je 1000 Männer, in Indien gar 930 und 910 in Pakistan. Aber erst Nancy Quian hat zeigen können, dass es sogar bei der Geburtenrate ("Reproduktion", um mit der biopolitischen Begrifflichkeit zu argumentieren) signifikante Unterschiede gibt. Während in Europa bei der Geburt auf 100 Jungen 94,8 Mädchen kommen, sind es in Singapur bloß 92, in Südkorea 88 und in

China 86. Nach der Einführung von Verantwortlichkeiten für den Haushalt, stieg der weibliche Geburtenanteil in diesen Regionen auf knapp 100 an. (5) Anhand dieser beiden Beispiele sollte ersichtlich werden, dass es einen Zusammenhang zwischen Sozialstruktur (etwa Kapitalismus) und "natürlicher" Biologie gibt. In den asiatischen Ländern ist die "Natürlichkeit" der Nachkommenschaft durch den "Zwang", männliche Nachkommen zu forcieren und gleichzeitig weibliche Föten abzutreiben, streng reguliert.

Begriffskarriere

Der Biopolitikbegriff wird von Michel Foucault in den 1970er Jahren in seinen Vorlesungen am Collège de France und in seinem Buch "Der Wille zum Wissen" eingeführt. (6) Hardt und Negri greifen im "Empire" vor allem auf diesen Biopolitikbegriff zurück und weiten ihn von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft aus (siehe weiter unten). Doch auch schon früher lassen sich Anspielungen auf diesen Begriff finden (ohne konkret auf "Biopolitik" zu verweisen) - dazu möchte ich wiederum auf zwei Fallbeispiele verweisen. Einerseits auf den US-amerikanischen Soziologen Erving Goffman, der 1961 in seiner Beschreibung der totalen Institutionen sagt, dass "das Individuum gezwungen werden kann, seinen Körper in einer demütigenden Pose zu halten" (7), sowie auf den französischen Soziologen Pierre Bourdieu, der in seinen 1997 veröffentlichten "Meditationen" behauptet, dass die soziale Ordnung in den Körper eingeschrieben ist. (8) Dabei verweist Bourdieu auf zwei simple Alltagserfahrungen, etwa die Aufforderung an Kinder "Gib' deine rechte Hand" oder "Halte die Gabel so ...". (9) Schon früher (insbesondere 1979 in "Die feinen Unterschiede") hat er den Habitus-Begriff als einen biopolitischen Begriff angelegt: Der Habitus-Begriff besagt, dass soziale Strukturen im Körper eingeschrieben sind und dass unreflektiert danach gehandelt wird. An anderer Stelle meint Bourdieu, es sei "illusorisch zu glauben", dass die symbolische Gewalt lediglich im Gewissen und Willen eingeschrieben sei - die Effizienz zeigt sich durch die "dauerhafte Einschreibung im Körper unter der Form von Dispositionen." (10)

Drei "Empire"-Thesen

Zu den Ideen von Hardt und Negri möchte ich vor allem drei Aspekte hervorheben.

Erstens den beschriebenen Übergang von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft (in Anlehnung an Michel Foucaults Ausführungen zum Panoptikum). Disziplinierung findet in Gefängnissen, Fabriken, Heimen, Kliniken, Schulen oder Universitäten statt (11), während in der Kontrollgesellschaft "die Herrschaftsmechanismen ‚demokratisiert‘ sind, das heißt, sie sind dem gesellschaftlichen Feld immer stärker immanent und auf die Köpfe und Körper der Bürger verteilt." (12) "Biomacht ist eine Form", so schreiben Hardt und Negri, "die das soziale Leben von innen heraus Regeln unterwirft" (13). Damit nähern sie sich in starkem Maße dem Bourdieu'schem Habitus-Begriff an. Der entscheidende Unterschied zwischen Disziplinar- und Kontrollgesellschaft liegt darin, dass die Disziplinierung nie den Punkt erreichte, "an dem sie das Bewusstsein und den Körper der Individuen vollkommen durchdrungen hätte." (14) Die Kontrollgesellschaft besitzt das subtile Element, das der Disziplinargesellschaft noch gefehlt hat: die Biomacht.

Zweitens geht es Hardt und Negri im Kern mit dem Biopolitik-Begriff um die philosophisch-soziologische Problematisierung des Kapitalismus. Sie kritisieren, dass "in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts multi- und transnationale Industrie- und Finanzkonzerne [begannen], weltweit Territorien biopolitisch zu strukturieren". (15) Diese Konzerne würden daran arbeiten, aus Staaten bloße Instrumente zu machen und aus dem Körper eine "biopolitische Figur" im "Geldkostüm". (16) Hardt/Negri: "Die großen Industrie- und Finanzmärkte produzieren [...] nicht nur Waren, sondern auch Subjektivitäten." (17) Damit unterstreichen sie ihre These von der totalen Ausformung des Kapitalismus als Empire.

Drittens argumentieren Hardt und Negri, dass im gegenwärtigen postmodernen Zeitalter der Mensch derart von biopolitischen Machtstrukturen durchdrungen ist, dass selbst Sprache und Macht deren intrinsischen Merkmalen abhanden gekommen sind. Aus diesem Blickwinkel kritisieren sie einerseits das Konzept der "Theorie des kommunikativen Handelns" von Jürgen Habermas. Der externe Standpunkt des Lebens und der Wahrheit - fernab von der informationellen

Kolonisierung des Seins - existiert nach Ansicht der "Empire"-Autoren nun nicht mehr. (18) Im Falle der Macht sehen sie den "Mischmasch aus Politischem, Gesellschaftlichem und Ökonomischen" in einem biopolitischen Raum "weitaus besser" beschrieben, als in Hannah Arendts "nostalgischer Utopie vom politischen Raum". (19) Sie hatte noch auf das freie Sprechen und Handeln im öffentlichen Raum insistiert - wirklich eine Utopie? Der Biopolitikbegriff in der theoretischen Ausprägung à la "Empire" minimiert jedenfalls die Freiheitsgrade und Handlungsalternativen der Subjekte.

Markus Wolschlager

Redaktionsmitglied und Student am ipw

Fußnoten:

- (1) Thomas Lemke: Biopolitik im Empire - Die Immanenz des Kapitalismus bei Michael Hardt und Antonio Negri. In: Internet <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Biopolitik%20im%20Empire.pdf>, abgerufen am 5. Nov. 2004. (Veröffentlicht in: "Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 32. Jg., Nr. 4, S. 619-629)
- (2) vgl. Marc-Christian Jäger (2000): Michel Foucaults Machtbegriff. In Internet: <http://www.die-grenze.com/downloads/foucaulta.pdf>, abgerufen am 1. Dez. 2003. S. 33.
- (3) Michael Hardt, Antonio Negri (2000/2002): Empire. Die neue Weltordnung. Campus-Verlag: Frankfurt/New York. S. 40.
- (4) vgl. N.N. (2004): Fat of the land. In: The Economist, 6. März 2004, S. 35.
- (5) vgl. Esther Duflo (2004): Petites filles libérées. In: Libération vom 23. Februar 2004, S. 37.
- (6) vgl. Fußnote (1), S. 2.
- (7) Erving Goffman (1961/1973): Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer und anderer Insassen. Suhrkamp: Frankfurt am Main. S. 32.
- (8) vgl. Pierre Bourdieu (1997/2003): Méditations pascaliennes. Éditions du Seuil: Paris. S. 204.
- (9) vgl. (8), S. 205.
- (10) vgl. (8), S. 259.
- (11) vgl. (3), S. 38.
- (12) vgl. (11)
- (13) vgl. (11)
- (14) vgl. (3), S. 39.
- (15) vgl. (3), S. 46.
- (16) vgl. (15)
- (17) vgl. (15)
- (18) vgl. (3), S. 48.
- (19) vgl. (3), S. 394.

Verwaltete Körper

Von Ingrid Metzler

Notwendige "Strukturreformen", "Gesundheitspakete" und "Gesundheitsreformen" sind nur einige jener Begriffe, die seit geraumer Zeit die Medienlandschaft durchschnittlicher post-industrieller Staaten prägen. Nahezu ebenso häufig hört und liest man heute von den neuesten "Durchbrüchen" der Lebenswissenschaften, etwa von neuen molekulargenetischen Tests oder revolutionären therapeutischen Möglichkeiten durch embryonale Stammzellen. Warnungen vor deren moralischen "Nebenwirkungen" folgen zumeist zugleich. Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist das vielschichtige und komplexe Feld der "Politik des Lebens" also in Bewegung. Das von Herbert Gottweis, Wolfgang Hable, Barbara Prainsack und Doris Wydra geschriebene Buch "Verwaltete Körper. Strategien der Gesundheitspolitik im internationalen Vergleich" bewegt sich somit in einem hochaktuellen und heißumkämpften Terrain. Die Namen der AutorInnen dürften den meisten nicht unbekannt sein: Herbert Gottweis ist Professor am Institut für Politikwissenschaft, Doris Wydra, Wolfgang Hable und Barbara Prainsack haben hier studiert, und die beiden letztgenannten könnten einigen als LektorInnen bekannt sein. Freilich gibt es bereits eine Vielzahl von Monographien und Sammelbänden, die sich mit dem Feld der Gesundheitspolitik beschäftigen. In der Einleitung stellt das Buch allerdings den Anspruch, sich von diesen zu unterscheiden: etwa durch den analytischen Fokus, der auf den menschlichen Körper gelegt wird, der "in Anschluss an Foucault (...) nicht als überhistorischer Referenzpunkt" (Gottweis, Hable, Prainsack & Wydra 2004: 11), sondern "als Produkt einer spezifischen Verschränkung von Diskursen, Praktiken und Institutionen" (ebd.: 11) verstanden wird; oder durch die Loslösung der Gesundheitspolitik aus einem eng definierten Politikbegriff und deren Rekonzeptionalisierung als "multiples Gouvernementalitätsregime (...), als ein System von Feldern und Orten, die von der Klinik bis zum Parlament reichen und wo Strategien des medizinischen Umgangs mit Körpern und Bevölkerung entwickelt und verhandelt werden" (ebd.: 13). Das zentrale Argument der AutorInnen ist dabei, dass dieser menschliche Körper im Laufe des 20.

Jahrhunderts zu einem "Verwaltungsprojekt zwischen Staat und Medizin" (ebd.: 11-12) wurde. In der modernen Gesundheitspolitik, einem "Territorium", das aus "Diskursen, Akteuren, Praktiken und Institutionen" (ebd.: 309) besteht, findet dieses Projekt seine Ausformung. Die AutorInnen verstehen dieses Feld dabei nicht als statisches, sondern als ein von "Brüchen" und "Definitions-kämpfen" (ebd.: 12) geprägtes. So konstatieren sie gerade gegenwärtig eine Reihe von Transformationen. In der Sichtbarmachung dieser "neuen Tendenzen in der Mikrophysik der Macht" (ebd.: 12) verstehen sie den Beitrag des Bandes.

Für diese Analyse der Gegenwart zeichnen sie in den ersten Kapiteln zunächst die historischen Entstehungszusammenhänge und Prozesse nach, in deren Verlauf menschliche Körper zum Gegenstand "zunächst primär staatlicher Gestaltungsprozesse" (ebd.: 310) wurden. Diese Prozesse werden in enge Verbindung mit der Entwicklung der modernen Medizin gestellt. So untersucht Kapitel 2 den Entstehungszusammenhang der modernen medizinischen Wissenschaft. Die Säkularisierung und die damit einhergehende Herauslösung von Körpern und Krankheiten aus einem religiösen Sinn- und Erklärungszusammenhang werden als deren konstitutive Voraussetzung dargestellt. Mit dem Aufstieg des naturwissenschaftlichen Positivismus wurden Körper zu Instanzen, die erforscht und kontrolliert werden konnten.

In enge Verbindung mit dem Aufstieg des neuen medizinischen Wissens setzen die AutorInnen den Prozess, in dessen Verlauf "Gesundheit" und "Leben" Gegenstand politischer Zugriffe wurde und menschliche Körper ins Zentrum von Regierungshandlungen rückten. Diese werden in Kapitel 3 skizziert. Dabei zeichnen Gottweis et. al. die Art und Weise nach, in der im 18. und 19. Jahrhundert die Verwaltung und Planung von Menschenkörpern zunächst als Teilbereich der Sozialpolitik Gestalt annahm. Die "Volks-gesundheit" wurde nun zur "vordringlichen Aufgabe staatlicher Verwaltung" (ebd.: 311). Ein Zentralbegriff dieses Kapitels ist der foucaultsche Biopolitikbegriff, freilich in einer nur begrenzt orthodoxen Version. Die Darstellung verschiedener gesundheitspolitischer Theorien, Technologien und Strategien

reicht dabei von den "Anfängen der Biopolitik" im 18. Jahrhundert bis zu gegenwärtigen Individualisierungstendenzen.

In einem ähnlichen Spannungsverhältnis zwischen Geschichte und Gegenwart steht Kapitel 4. Es beschäftigt sich mit der Entwicklung der medizinischen Profession, zeichnet deren Homogenisierung im Laufe des 19. Jahrhunderts nach und konstatiert für das Ende des 20. Jahrhunderts eine Heterogenisierung, die das ärztliche Monopol im Bereich des medizinischen Wissens in Frage stellt.

Der Trend in Richtung Gegenwart wird in den beiden folgenden Kapiteln verstärkt: Vor einer Detailanalyse des aus dem US-amerikanischen Raum stammenden neuen medizinischen Organisationsform "Managed Care" in Kapitel 6 vergleicht Kapitel 5 die Gesundheitspolitik der Vereinigten Staaten mit jener der Bundesrepublik Deutschland. Ausgehend von den historischen Möglichkeitsbedingungen analysiert es gegenwärtige Trends und Transformationen. Der "Philosophie" des Bandes weiterhin treu, wird dabei besonderes Augenmerk auf die Rolle "nationaler Diskurse" und "gesundheitspolitischer Narrative" für die Politikgestaltung in der Gesundheitspolitik gelegt. Die in den vorangegangenen Kapiteln bereits immer wieder angesprochenen gegenwärtigen Transformationen werden hier eingehend untersucht. Eine Redimensionierung der Rolle des Staates, Privatisierung, Globalisierung und eine neue Akteurskonstellation, die etwa Pharmaunternehmen oder Krankenversicherungskonzerne zu wichtigen Entscheidungsträgern machen, sind ebenso wichtige Stichworte wie die Transformation des Arztes zum Entrepreneur und des Patienten zum Konsumenten. Wiederholt betonen die AutorInnen, dass diese Transformation der "Politik des Lebens" nicht als deren Ende missverstanden werden darf. Die Privatisierung etwa beschränkt das Interventionspotential nicht, sondern eröffnet neue Möglichkeiten des Regierens. Neue, "postmodern anmutende", durch "heterogene wie hybride Organisationsmuster" (ebd.: 312) geprägte Formen der medizinisch-politischen Verwaltung von Körpern entstehen. Klassische Mechanismen der Sozialdisziplinierung werden dabei durch neue Techniken der Selbststeuerung ersetzt. An die Stelle des Staatsziels einer gesunden Bevölkerung tritt nun der "Wille des Einzelnen zur Gesundheit" (ebd.: 313).

Wer hinter dieser Terminologie eine an Michel Foucaults Arbeiten angelehnte Analytik des

Regierens vermutet, vermutet richtig. Gerade dieser Ansatz macht das inklusive Stichwortverzeichnis 376 Seiten starke Buch zu einer spannenden Lektüre, und zwar nicht nur für an "Gesundheitspolitik" und "Public Health" interessierte LeserInnen. Neben einer breiten und umfassenden Darstellung und Analyse von "Gesundheitspolitik" und "Public Health" bietet es auch eine empirische Anwendung von Begriffen und Konzepten aus dem Bereich der "governmentality studies", die im deutschsprachigen Raum erst seit kurzer Zeit Verbreitung finden. Damit ist es auch für jene spannend, die sich mit der gegenwärtigen Transformation von Staatlichkeit und dem Entstehen neuer Techniken und Formen des Regierens beschäftigen oder insgesamt an neuen Ansätzen im Bereich der Politikwissenschaft interessiert sind. Zudem ist das Buch klar und verständlich geschrieben, durch ausgedehnte Begriffsdefinitionen und Erklärungen nicht besonders voraussetzungsreich und damit nicht nur für "ExpertInnen" zugänglich. Ob der stellenweise wiederholende Charakter der Darstellung als Negativum bewertet wird, ist letztlich eine Geschmacksfrage.

Schade ist indes, dass in den Kapiteln über die gegenwärtigen Transformationen im Gesundheitssystem die rasante Entwicklung im Bereich der Lebenswissenschaften, etwa im Bereich der viel diskutierten Biotechnologie, weitestgehend ausgespart werden. Im Schlusskapitel werden sie in Form eines Ausblicks auf die "Konturen der neuen biopolitischen Ordnung" lediglich angerissen. Die Anmerkung, dass dieser Problembereich den "Stoff für ein anderes Buch darstellt" (ebd.: 313), lässt immerhin auf eine Fortsetzung hoffen.

Ingrid Metzler,
Studienassistentin am ipw

Herbert Gottweis, Wolfgang Hable, Barbara Prainsack & Doris Wydra (2004): *Verwaltete Körper. Strategien der Gesundheitspolitik im internationalen Vergleich.* Wien, Köln, Weimar: Böhlau. 36 €

"Duplik Jonas 7"

Ein Buch, in dem Wissenschaft den Begriff Mensch konzipiert.
Ein Konzept, das dem Menschsein nicht standhält.

Von Ruth Kager

"Wenn man - um nur ein Beispiel zu nennen - Allergikern immer noch erlauben würde, sich fortzupflanzen, wären wir heute ein Volk von Invaliden! Mensch sein, das heißt doch gerade, eingreifen können, verändern können."(1) So verteidigt sich Jonas vor seiner Schwester Ilka und repräsentiert damit Werte und Moral einer Welt, in der alle Männer mit achtzehn Jahren sterilisiert werden. Einer Welt, in der Kinder im Reagenzglas hergestellt und von Leihmüttern ausgetragen werden. Was wir heutzutage betreiben, wird im Jugendroman "Duplik Jonas 7" wilde Schwangerschaft genannt und der Kategorie "unzivilisiert" zugeordnet. So konzipiert die Autorin Birgit Rabisch die Welt einer so genannten strukturalistischen Gesellschaft, in der sich der Protagonist Jonas zurechtfinden muss. Als Sohn eines Mitglieds der European Progress Party fällt ihm dies gar nicht so schwer. Dem Protest seiner Schwester, der Lebensschützerin, entgegnet er mit Phrasen aus dem Ethikunterricht. Das Gerede der Lebensschützer, Katholiken, Konservative und all dieser Randgruppen interessiert den Medizinstudenten nicht. Bis ihm eines Tages die Augen geöffnet werden. Die Augen seines Dupliks.

Duplik Jonas 7 wurde plötzlich und unerwartet vom Fraß befallen. Nun ist er blind. Das Leben im Hort nimmt er nur mehr am Rande wahr, immer häufiger peinigen ihn Fragen nach dem Sinn seines Lebens, dem Leben eines Dupliks. "Der Mensch ist frei geboren, der Duplik als Gesunderhaltungsmittel für den Menschen produziert. Da das Wesen des Menschen die Freiheit, das Wesen des Dupliks aber die Zweckgebundenheit ist, sind ihre Seinsweisen existenziell verschieden."(2) So lautet eine vieler Definitionen, die Jonas bereits im Kindesalter eingetrichtert wurden. Die Haltung von Dupliks als Organspender steht schon längst nicht mehr zur Debatte. Bald werde man soweit sein, ein fehlerhaftes Gen ersetzen zu können. Dann stehe die Fortpflanzung wieder jedem offen. Obwohl

Leihmütter protestieren, solle bald ein Kunstuterus die Fortpflanzung noch erfolgreicher machen. Der Mainstream will die Reproduktionstechnologie bis an ihr äußerstes Maximum treiben.

Nun ist Jonas involviert. Muss sich vielen Fragen stellen. Er weiß von Ilka, dass Duplik Jonas 7 ursprünglich sein Zwillingsbruder war. In einem so genannten Hort wurde er von Frauen großgezogen und lebt nun mit drei weiteren Dupliks in einer Wohngemeinschaft, dem Kleeblatt. Nur zweimal im Leben überschreitet ein Duplik die Mauer, die den Hort von der restlichen Welt abschirmt: Wenn er von den Frauen als Neugekommener gebracht wird und wenn er nach seinem Tod die so genannte Endschleuse passiert. Wird ein Organ benötigt, wird es dem Duplik entfernt. Nach solchen plötzlichen Todesfällen bekommt die Positiv-Gruppe meist verstärkten Zulauf. Diese Gruppierung versucht, mit Hilfe von Meditation den eigenen Körper, das allerhöchste Gut eines Dupliks, vor dem Fraß zu schützen. Die Autorin zieht hier ein gewöhnliches Bild menschlichen Verhaltens. Dupliks sind Menschen, das wird dem Leser und auch dem Protagonisten allmählich bewusst.

Bisher habe noch kein Duplik länger als zwei Jahre mit einem Kunstherz überlebt, erzählt Duplik Jonas 7 dem Leser. Abwechselnd schildern er und sein Zwillingsbruder Jonas, der Mensch, ihre Suche nach dem Sinn des Lebens. Ihm, dem Duplik, wurde das Augenlicht genommen, da Jonas nach seinem Unfall blind geblieben wäre. Dessen einstige Prinzipien halten der Unmenschlichkeit dieser Tat nicht stand.

Birgit Rabisch beschreibt eine politische Kultur, die in denselben Institutionen eingebettet ist, wie die unsrige. Die Autorin karikiert das Zusammenspiel von politischen Akteuren und ihren Interessen, die Macht der Medien und einer Wirtschaftslobby, allgemein eine politische Dynamik, die uns wohl bekannt ist. Ihr Statement am Ende des Buches ist klar: Die von ihr beschriebene Welt ist keine menschliche mehr. Sie hat dieses Buch Arne und Sönke, "meinen einmaligen

Söhnen", gewidmet. Klarer kann die Aussage nicht sein. Rabisch will den Leser und die Leserin zum Denken anregen und zum kritischen Beobachter von wissenschaftlichem Fortschritt machen. Für dieses Jugendbuch, im Jahre 2004 als bearbeitete Neuauflage in 11. Auflage erschienen, erhielt Birgit Rabisch den Umweltliteraturpreis. Auf 190 Seiten erzählt uns das Taschenbuch eine Geschichte, die irritiert und aufstößt.

Die neue Generation von Kunstherzen wird kleiner, leichter, leistungsfähiger und leiser sein. Dies verspricht eine Pressemitteilung des Deutschen Herzzentrums in Berlin aus dem Jahre 2002 (3). Ob inzwischen tatsächlich solche Fortschritte gemacht wurden, weiß ich nicht. Tatsache ist, dass wir zur Zeit immer wieder mit Themen wie Reproduktionstechnologie, Ethikkommissionen, Pränataldiagnostik, Sterbehilfe konfrontiert werden. Der tragische Tod des 22-jährigen Vincent Humbert und seine Bitte an Staatspräsident Chirac, den Freitod wählen zu dürfen, verstärkte die Debatte um aktive und passive Sterbehilfe in Frankreich (4). Schließlich wurde im Parlament darüber diskutiert. In Gegenwart solcher Ereignisse gewinnt ein Buch wie "Duplik Jonas 7", auch wenn es bereits vor acht Jahren erschienen ist, an Bedeutsamkeit. Auch wenn die Autorin hier Science-Fiction betrieben hat, macht uns diese Geschichte bewusst, dass auch wir von Wissenschaft und Forschung in eine bestimmte Richtung getrieben werden. Diese gilt es sich bewusst zu machen und zu reflektieren.

Ruth Kager

Studentin am ipw

Fußnoten:

(1) Rabisch, Birgit: Duplik Jonas 7, DTV Junior, München, 1996, S.80

(2) ebd., S.57

(3) www.dhzb.de/aktuell/01_04/ak_4_01e.htm

(4) vgl. Der Standard vom 02.12.2004: Passive Sterbehilfe in Frankreich erlaubt, S.6

Ein interdisziplinärer Streifzug durch die Brisanz einer Debatte

Von **Eva-Maria Knoll**

Diskussionen um Biotechnologien und Biopolitiken haben heute eine höchst brisante, aber kaum noch überschaubare Debattenkomplexität erreicht. Die Lebenswelten von Frauen werden aufgrund ihrer Reproduktionsleistung in besonders hohem Maße von diesen Debatten berührt. Grund genug, der brisanten Thematik einen entsprechenden Raum in der Gender-orientierten Lehre an der Universität Wien einzuräumen. In einer gemeinsamen Schwerpunktsetzung bieten das Gender Kolleg und das Projektzentrum Genderforschung im Wintersemester 2004/05 zwei Ringvorlesungen zum Themenfeld für das Doktorats- und Diplomstudium an der Universität Wien an.

Mit dem Titel "Brüche - Geschlecht - Gesellschaft: Verfügbare Menschen? Geschlecht zwischen Hochtechnologie, Biopolitik und Wissenschafts-Ideologie" rückt das Gender Kolleg der Universität Wien den Menschen und dessen Geschlechtlichkeit ins Zentrum des Erkenntnisinteresses. Mit perspektivischen Beiträgen unterschiedlicher Disziplinen widmet sich diese Ringvorlesung den zentralen Themenfeldern und Diskurssträngen der roten Biotechnologie, die sich von der Genforschung und der Reproduktionsmedizin über ethische Fragestellungen bis hin zur Problematik der politischen Regulierung erstrecken.

Drei Beiträge dieser Ringvorlesung fokussieren beispielsweise auf das Verhältnis von Technologie, Gesellschaft und Geschlecht: Brigitte Ratzer von der Technischen Universität Wien eröffnete die Ringvorlesung mit einem Überblick über die feministische Debatte der Gen- und Reproduktionstechnologien. Ihr Beitrag zeichnet die Entwicklung des Verhältnisses von Technik und Geschlecht nach und fragt nach den frauenpolitischen und wissenschaftlichen Auswirkungen einer Technologie. Der Vortrag der Wissenschaftstheoretikerin Jutta Weber verortet die Thematik im Zeitalter des Neoliberalismus, der Wahl- und Modulierungsmöglichkeiten als neues Machtinstrument hervorgebracht hat. Sie zeigt, dass Diskurse um Reproduktionstechnologien ein Spannungsfeld erzeugen zwischen einer befreienden, denaturalisierenden Wahlmöglichkeit und einer gleichzeitigen Re-Naturalisierung durch die

Berufung auf alt bewährte, stereotype Ausschlussmechanismen wie etwa "das eigene Kind" oder die heterosexuelle, stabile Partnerschaft als Zugangsvoraussetzung. Mona Singer, Wissenschaftsforscherin und Faculty-Mitglied des Gender Kollegs, beleuchtet die Ko-Produktion von Gesellschaft und Technologie im Hinblick auf eine feministische Positionierung in biopolitischen Diskursen.

Ein weiteres Beispiel für die thematische Beitragsbündelung dieser Lehrveranstaltung stellen regionalspezifische Beiträge dar: Mit dem Vortrag der Politikwissenschaftlerin Barbara Prainsack wird dem Sonderfall Israel im bioethischen Diskurs Rechnung getragen. Der israelische Bioethikdiskurs erhält durch seine positive Einstellung gegenüber andersorts durchwegs umstrittenen Technologien, aber auch durch seine Konstruktion und Funktionalisierung von Weiblichkeit eine Sonderstellung im internationalen Vergleich. Der Ethnologe Dorijan Kerzan der Universität Ljubljana beleuchtet die reproduktionstechnologischen Transformationen der Konzeption von Familie anhand slowenischer Fallbeispiele, und aktuelle biopolitische Aspekte der Gesundheitspolitik in Russland werden von der Russlandexpertin und Gastprofessorin des Gender Kollegs, Rita Stein-Redent aus Bielefeld, zur Diskussion gestellt.

Die Zusammenstellung der BeiträgerInnen umfasst sowohl etablierte, als auch NachwuchswissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland, verknüpft Forschungsergebnisse verschiedenster Wissensdisziplinen und ermöglicht einen konstruktiven Dialog zwischen Natur- und Sozialwissenschaften (1): Bettina Bock v. Wülfigen, Dorijan Kerzan, Eva-Maria Knoll, Lubica Lacinová; Jean Lo, Gerlinde Mauerer, Maria Mesner, Herlinde Pauer-Studer, Alice Pechriggl, Barbara Prainsack, Brigitte Ratzer, Mona Singer, Rita Stein-Redent, Jutta Weber.

Eva-Maria Knoll

Forschungsassistentin am Gender Kolleg der Universität Wien

Fußnote:

(1) Programm: www.univie.ac.at/gender-kolleg

On Top der Sozialwissenschaften: Dekan Rudolf Richter

Von Gerti Zupanich

Wir von Politix wollten etwas mehr über unseren neuen Dekan erfahren. Rudolf Richter, Jahrgang 1952, studierte Soziologie, Psychologie und Pädagogik. Sein Weg bis zum Dekan der Sozialwissenschaften führte über eine Professur, Stv.- und Vorstand des Instituts der Soziologie (1987- 1995) und Vizestudiendekan (2000). 2004 wurde er zum Dekan der neuen Fakultät für Sozialwissenschaft bestellt. Diese Fakultät vereint ab 2004 die Studienrichtungen Ethnologie, Politikwissenschaften und Soziologie (1). Dazugekommen sind 2004 noch Publizistik- und Kommunikationswissenschaften und das neu installierte Studienfach Pflegewissenschaften. Politix bat Rudolf Richter zum Interview:

Politix: Hr. Dekan, möglicherweise eine für Sie etwas naiv gestellte Frage? Wie wird man/frau Studiendekan oder Studiendekanin? Wird man/frau dazu vorgeschlagen, läuft so etwas über Bewerbung? Hearing?

Rudolf Richter: Die Ernennung zum Dekan erfolgt durch den Rektor der Universität Wien auf Vorschlag eines Professorenkollegiums. Diesem wurden 2004 mehrere Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen. Das Hearing, dem sich die BewerberInnen stellten, beruhte auf freiwilliger Basis.

Politix: Ihr universitärer und wissenschaftlicher Werdegang war und ist ausgerichtet auf soziologische Themen. Jetzt kommen "fremde" Studienrichtungen wie Ethnologie und Politologie dazu mit vielleicht anderen Prämissen was Lehrende und Studienprogramme betrifft. Wie können wir uns generell die Aufgaben eines Dekans vorstellen?

Rudolf Richter: Ab 2004 hat auch die Tätigkeit eines Dekans an der Universität Wien eine organisatorische Änderung erfahren. Als zusammenfassende Beschreibung würde ich meine Tätigkeit als Dekan mit Leitungstätigkeit beschreiben, vergleichbar einem Manager in der Wirtschaft. Im Detail geht es dabei um die Koordinierung von Interessen, die Erstellung eines Entwicklungsplanes für die kommenden Jahre, um Budgetplanung und Verwaltungsaufgaben. Ich verhandle zwar nicht direkt mit den Ministerien aber gebe Hilfestellung bei der Durchsetzung unserer Interessen.



Politix: Fragen, die uns angehende PolitikwissenschaftlerInnen nahe liegen, sind: Wie können Sie unsere Probleme, Bedürfnisse am Institut nachvollziehen? Z.B. übervolle Lehrveranstaltungen, fehlende Seminarplätze auf Grund eines zu geringen Personalstandes bei Lehrenden. Wie kommen Sie an Informationen, Evaluierungen etc. heran? Gibt es so etwas wie fixe Termine für Meetings, oder ein "Rotes Telefon" wenn dringende Probleme anstehen?

Rudolf Richter: Ich habe drei VizedekanInnen die mich informieren und unterstützen. An Ihrem Institut ist das Eva Kreisky, die Vizedekanin ist. Wir treffen uns zumindest einmal pro Woche. Ich führe regelmäßig Gespräche mit den StudienrichtungsvertreterInnen und bin offen für die Anliegen der wissenschaftlich Lehrenden.

Als eine meiner Hauptaufgaben sehe ich daher an, die Kommunikation in Fluss zu halten.

Was das Problem übervolle Lehrveranstaltungen angeht, ist das eine Angelegenheit die nicht nur das IPW (Institut der Politikwissenschaft) betrifft. Der Zustrom zur POWI steigt permanent an. Aber alle anderen Studienrichtungen der Sozialwissenschaft leiden ebenfalls unter Raumnot und Mangel an Lehrenden und Verwaltungspersonal. Wir würden dringend zusätzliche Hörsäle und vor allem Forschungsräume brauchen. Dann würde sich die Situation rasch verbessern, und das wäre eines meiner ganz persönlichen Ziele.

Politix: Danke für das Gespräch.

Das Interview führte

Gerti Zupanich

Redaktionsmitglied und Absolventin am IPW

(1) Siehe <http://www.univie.ac.at/Soziologie-GRUWI/richter>

Ein Gespräch mit der neuen Institutsvorständin des ipw

Von Luise Luksch



Sieglinde Rosenberger

Seit dem Wintersemester 2004/05 ist Sieglinde Rosenberger Vorständin des Instituts für Politikwissenschaft. Stellvertretende Vorständin ist Birgit Sauer. Eva Kreisky will sich nach mehr als zehnjähriger Vorstandsarbeit nun wieder mehr der Forschung und Lehre widmen. Zudem ist sie ebenfalls seit Wintersemester 2004/05 Vizedekanin der Fakultät für Sozialwissenschaften.

Politix: Wie sieht der Aufgabenbereich der Institutsleitung aus?

S. Rosenberger: Birgit Sauer und ich haben diese Funktion für die nächsten zwei Jahre übernommen. Wir werden die Leitung des Instituts sozusagen als Team gestalten, die verschiedenen Aufgabenbereiche, die sowohl nach Innen als auch nach Außen gerichtet sind, arbeitsteilig erledigen.

Vorweg möchte ich sagen, dass es eine interessante Tätigkeit ist, an einem politikwissenschaftlichen Institut in Österreich zu lehren und zu arbeiten und gleichzeitig die Entwicklung der nächsten Jahre, zumindest ein Stück weit, mit zu tragen. Ich erwähne die nächsten Jahre deshalb, weil die Universität derzeit sehr stark in Veränderung, im Umbruch begriffen ist. Was bedeutet, dass einiges schwieriger ist, weil teils noch unklare, vor allem aber autokrati-



Birgit Sauer

sche Strukturen dominieren, Informationen fehlen und deshalb oft nur das Hören-Sagen durch die Gänge schleicht, dass andererseits aber manches Neues vielleicht auch möglich wird.

Politix: Worin liegen die primären Aufgaben? Wie kann man sich das vorstellen?

S. Rosenberger: Die primären Aufgaben der Institutsleitung betreffen organisatorische, personelle und inhaltliche Aspekte des Instituts. Grundsätzlich ist zu sagen, dass im Falle der Politikwissenschaft die neuen Universitätsstrukturen zwei Aufgabenbereiche vorsehen: zum einen das Institut als eine organisatorische Subeinheit der Fakultät, und zum anderen die Studienprogrammleitung, die für die Studienrichtung verantwortlich ist. Früher waren diese Bereiche enger verknüpft, jetzt ist da eine klarere Trennung gemacht worden, was durchaus Sinn macht.

Im Wesentlichen liegt die primäre Aufgabe der Institute im Bereich der Forschung, d.h. in der Herstellung von Bedingungen und Infrastruktur für Forschung und deren Kommunikation.

Ich sehe für die öffentliche Universität, und unser Institut ist eine Subeinrichtung davon, durchaus auch die Aufgabe darin, Möglichkeiten für verstärkte Forschung zu schaffen und gleichzeitig auch die Universität als Ort zu etablieren, an dem Forschungsergebnisse kommuniziert werden - und zwar nach Innen, gegenüber der wissenschaftlichen Community, wie nach Außen, gegenüber den Studierenden, aber auch gegenüber der Gesellschaft. Eine öffentliche Universität als Ort der Bildung, der Reflexion, des Denkens in Alternativen jenseits von absoluten Wahrheiten, hat gewisse Aufgaben gegenüber und in der liberalen, demokratischen Gesellschaft. Genau diese Aufgaben sind, neben der verstärkten Forschungsorientierung und der Ausrichtung auf "Exzellenzen" stärker wahrzunehmen.

Politix: Seit der Einführung des UG 02 befinden wir uns in einer Warteschleife was die konkrete organisatorische Neugestaltung der Universität betrifft. Wie sieht denn nun die gegenwärtige Organisationsstruktur der

Universität aus (Stichwort: Leistungsvereinbarungen, Auflösung der Institute)?

S. Rosenberger: Neben dem starken Rektorat arbeitet auf der Fakultätsebene - in unserem Fall die Sozialwissenschaftliche Fakultät - der Dekan mit seinem Team. Der Rektor hat sich dem Wunsch der SOWI-Fakultät angeschlossen, die Institute - wohl auch deswegen, weil der Großteil der Institute gleichzeitig auch Studienrichtungen betreut - zu belassen und dadurch die Fakultät handlungsfähig zu halten. Die gesetzliche Grundlage ermöglicht das, es wäre aber kein Muss. Ich denke, die Belassung der Institute war eine sehr pragmatische Herangehensweise, um die Organisation Universität strukturieren zu können und sie funktionsfähig zu halten. Die derzeitige Organisationsstruktur wird vermutlich, vielleicht die nächsten paar Jahre, bleiben.

Was zur Zeit in Entwicklung ist, das sind Forschungsgruppen, die parallel oder auf der Ebene der Fakultäten, neben den Instituten, eingerichtet werden sollen. Welche institutionelle Rolle diese Forschungsgruppen spielen werden, wird sich ebenfalls in den nächsten Jahren heraus stellen. Jedenfalls ist daran gedacht, mit Hilfe der Einrichtung von Forschungsgruppen die Universität stärker als bisher als Forschungsuniversität zu verstehen und zu entwickeln. Derzeit sind an unserem Institut Forschungsgruppen zu Europa, Gender, Governance, Public Administration und Wandel von Nationalstaatlichkeit in Bearbeitung. Eine Evaluierung dieser Forschungsschwerpunkte ist vorgesehen.

In punkto Leistungsvereinbarungen sollen bis Ende 2005, auf Grundlage der gerade erstellten Entwicklungspläne, Leistungsvereinbarungen mit allen UniversitätslehrerInnen und mit dem administrativen Personal abgeschlossen werden. Mittels Leistungsvereinbarungen wird das Profil des Instituts, der Forschungsgruppen, aber auch der einzelnen WissenschaftlerInnen verhandelt und für einen bestimmten Zeitraum festgehalten.

Das Instrument der Leistungsvereinbarungen wird zukünftig ein stärkeres Planungs- und Gestaltungsinstrument sein, gleichzeitig aber auch ein Differenzierungsinstrument, mit dem ein Mehr an Transparenz über die vielfältigen Tätigkeiten der einzelnen UniversitätslehrerInnen hergestellt werden kann. Die Differenzierung wird hinsichtlich Schwerpunktsetzung in Lehre und Forschung deutlicher werden.

Politix: Was hat sich im Vergleich zur Zeit vor

dem UG 02 verändert?

S. Rosenberger: Da muss man nach Innen und Außen differenzieren.

In der Außenwahrnehmung und Außendarstellung gelten nun Universitäten als autonom vom zuständigen Ministerium, d.h. sie sind eigenständig in ihren personellen und budgetären Entscheidungen. Dies wird im Zuge einer zeitgeistigen "Ent-Politisierung" durchaus von einigen begrüßt.

Wer aber ist "Universität"? Damit kommen wir zur Innenstruktur, die deutlich hierarchisch und autokratisch angelegt ist.

Mitbestimmung, im Sinne von Mitentscheiden, ist deutlich reduziert. Die MitarbeiterInnen der Universität, aber auch die verbliebenen bzw. neu eingesetzten FunktionsträgerInnen und Gremien sind in ihren Argumenten und Entscheidungen auf den Rektor bzw. auf Verwaltungsgremien im Rektorat hin ausgerichtet.

Derzeit verdichtet sich der Eindruck, dass mit dieser Form der Autonomie nach innen jedenfalls noch keine Vereinfachung von bürokratischen Abläufen einhergegangen ist. Ja, bestimmte Abläufe sind noch komplizierter, noch bürokratischer, noch arbeitsaufwändiger geworden. Es ist sicherlich (noch) nicht eingetreten, womit diese Reform gepriesen worden ist, nämlich, dass die MitarbeiterInnen der Universität nun von gremialen und administrativen Tätigkeiten befreit werden, damit sie sich zur Gänze der Wissenschaft widmen können.

Ein zweiter Punkt, den man bestimmt noch weiter diskutieren muss, ist, dass das UG 02 fast jegliche Mitbestimmungsrechte beseitigt hat. Wie sich dies auf der Ebene der Motivation von UniversitätslehrerInnen äußern wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Hier, denke ich, kann es durchaus sein, dass die öffentliche Universität Schaden nehmen wird.

Ein dritter Punkt der Veränderung ist, dass nun bereits seit einigen Jahren reformiert wird, dass bereits seit einigen Jahren Flexibilität und Veränderung gefordert und gestaltet werden müssen. Diese Phase, in der vieles nicht geklärt ist, sondern oft der Spekulation Tür und Tor öffnet - wie ich oben bereits erwähnt habe - bedeutet Spannung, mehr Distanzierung, mehr Unsicherheit, für manche aber auch Chancen und neue Möglichkeiten.

Zwischen diesen Polen spielt sich derzeit Universität ab.

Politix: Wird die Funktion der InstitutsvorständInnen gewählt?

S. Rosenberger: Nein, die Institutsleitung wird nicht mehr gewählt, sondern das Gesetz spricht davon, dass die (habilitierten) WissenschaftlerInnen vorschlagen und der Dekan aus einem Vorschlag eine Person ernennt. Dies war auch in unserem Falle die Vorgangsweise. Insgesamt meine ich, dass das vom Gesetz vorgesehene Prozedere kein "gutes" ist, weil dadurch Legitimation und Commitment des Instituts, d.h. von Studierenden und von allen MitarbeiterInnen,

unter Umständen nur beschränkt besteht.

Politix: Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte

Luise Luksch

Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

Studienprogrammleitung, nur ein neuer Begriff ?

Von Gerti Zupanich

Im Heft Politix Nr.15/2003 wurde über das "Auslaufmodell Studienkommission" mit Sieglinde Rosenberger diskutiert. (Sie leitete zu dieser Zeit die Studienkommission und ist ab WS 2004 unsere Institutsvorständin am IPW). In der Diskussion wurden auch die möglicherweise negativen Veränderungen bei der studentischen Mitbestimmung angesprochen.

Dazu meinte Sieglinde Rosenberger (1): "Gründe für die Beschränkung studentischer Mitbestimmung, ja der Mitbestimmung insgesamt liegen in veränderten Vorstellungen von Universität einerseits und von Gesellschaft und Demokratie andererseits. Die Studierenden werden als KundInnen, die Ausbildung nachfragen, betrachtet. Universität selbst ist weniger als Ort reflexiven Lernens und Denkens konzipiert, sondern als ökonomisch geführte Einrichtung, die effizient unmittelbar messbaren 'Output' (akademische Abschlüsse) produziert."

Seit dem Wintersemester 2004 sind sowohl Studienprogrammleitung als auch Studienkonferenz Teil der universitären Organisation. Diese neue Organisationsform wird von offizieller Seite vorgestellt als Schnittstelle zwischen den Studierenden, den Lehrenden und der Verwaltung.

Die StudienprogrammleiterInnen sind mit der Organisation und der Erstellung des Lehrprogramms beauftragt. Sie betreuen mit ihren Teams studienrechtliche und organisatorische Themen. Dabei werden sie von einer

Studienkonferenz - die zu gleichen Teilen aus Studierenden und Lehrenden besteht - beraten und unterstützt (2). Leiter des Studienprogramms am IPW ist Johann Dvorak, Vize-Leiter ist Fritz Windhager, unterstützt von Roman Pfefferle.

Was uns Studierende bei der Implementierung dieser neuen Organisationsform vorrangig beschäftigt ist, nach wie vor, ob wir unsererseits überhaupt Einfluss z.B. auf das Lehrangebot nehmen können oder wie Evaluierungen der diversen Lehrveranstaltungen berücksichtigt werden? Der Studienprogrammleiter des IPW, Johann Dvorak, an den wir uns mit diesen Fragen gewandt hatten, meinte dazu, dass seine Erfahrungen aus dem laufenden WS 04/05 noch nicht ausreichend sind. Um schlüssige Aussagen machen zu können, welcher Einfluss auf Studienprogramme genommen werden kann, wird erst nach dem Ende des WS möglich sein. Er sieht aber bereits zum heutigen Zeitpunkt positive Verbesserungen im administrativen Bereich, beispielweise bei der Studienberatung und Anerkennung von Prüfungen.

Gerti Zupanich

Absolventin am IPW und Redaktionsmitglied

(1) Sieglinde Rosenberger: Politix Nr. 15/2003

(2) Siehe www.univie.ac/studienprogrammleitung

Porträt *Rita Stein-Redent*,

Gastprofessorin am Gender Kolleg im SS 2004 und WS 2004/05

Geboren wurde ich am 11.5.1958 in einem kleinen sächsischen Dorf unweit von Dresden. Meine Eltern waren Bauern, besser Genossenschaftsbauern mit einer eigenen überschaubaren Landwirtschaft, die neben der Arbeit in der LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) noch gemeistert werden musste. Ich habe zwei Brüder, die nach mir geboren wurden, und so kam mir, entsprechend den dörflichen Gegebenheiten die Aufgabe zu, nicht nur ältere Schwester zu sein, sondern auch weibliche zugewiesene Verantwortung zu übernehmen.

Nach der 8. Klasse wurde ich Schülerin an der EOS (Erweiterte Oberschule = Gymnasium) in der Kreisstadt. Hier war ich bis zum Ende der 11. Klasse, denn nach dieser Klasse wechselte ich zur ABF (Arbeiter- und Bauernfakultät) an der Universität Halle, an der ich auch mein Abitur machte. Ich gehörte zu den 500 jungen Leuten, die die Möglichkeit erhielten, im Ausland zu studieren, und an der ABF wurden wir mit intensivem Sprach- und Landeskundeunterricht für dieses Studium vorbereitet. Und so kam ich als junges Mädchen vom Lande in die UdSSR. Hier habe ich von 1976 bis 1981 an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Staatlichen Universität Rostov am Don mit noch zwei jungen Frauen aus der DDR studiert. Diese fünf Jahre sind für mich auch heute noch wichtig, da ich vieles lernen musste, nicht nur die Sprache, sondern auch das enge Zusammenleben mit jungen Menschen aus vielen Ländern. Denn wir durften nur zweimal im Jahr nach Hause fahren, und Heimat wurde für uns fern. Vieles, was in jenen Jahren in der DDR passierte, erfuhren wir nur spärlich, über Briefe hauptsächlich, und so blieb z.B. die Biermann-Ausweisung für mich lange etwas nicht Nachvollziehbares.

Zurück in der DDR begann ich meine Berufstätigkeit an der Hochschule für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft in Bernburg. Dies war bis 1982 eine ausschließlich weiterbildende Einrichtung. Hier erhielten Leute ein Diplom, die entweder bei den Räten und Bezirken im Land- und Nahrungsgütersektor tätig waren oder auf der entsprechenden Parteiebene - im DDR-Deutsch hieß dies, "Ausbildung von Nomenklatur II-Kadern". Nach 1982 wurden dann aber auch Agrarökonominnen ausgebildet, die nach dem Abitur zur Hochschule kamen.

1988 habe ich meinen Doktor der Wirtschaftswissenschaften als externe Doktorandin an der Hochschule für Ökonomie gemacht. Inzwischen war ich verheiratet, geschieden, hatte zwei Kinder geboren, ein wie es schien ganz normales Leben mit geplanter Wissenschaftskarriere. Dann kam die Wende, und plötzlich musste ich mein Leben von heute auf morgen ändern. (Über die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung lässt sich ein Roman schreiben, was ich mir für meine alten Tage aufspare.) Nach allen Stufen einer persönlichen und fachlichen Evaluierung, die ein Kollege und ich von 23 Kolleginnen und Kollegen unseres Instituts "überlebt" haben, war ich dann wissenschaftliche Mitarbeiterin an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Magdeburg und hatte in dieser Funktion Volkswirtschaftslehre zu unterrichten. Der Liebe wegen habe ich Mitte der 1990er Jahre Sachsen-Anhalt verlassen und bin nach Nordrhein-Westfalen gezogen. Auch hier musste ich wieder neu lernen; meine Kinder hatten große Schwierigkeiten, das westdeutsche Schulsystem zu verstehen, ich war plötzlich ohne meinen großen Freundeskreis und - wie es mir auch lange schien - in einem anderen Land. Einige Reste von Verunsicherung sind heute manchmal noch da.

Beruflich ging es weiter vorwärts. Ich wurde wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, an der ich 2001 mit dem Schwerpunkt Osteuropaforschung habilitiert habe. Danach war ich ein Jahr in Russland tätig, habe begonnen, in einem EU-Projekt mitzuarbeiten und bin jetzt im zweiten Semester als Gastprofessorin am Gender Kolleg der Universität Wien. Ich bin aber auch zwischendurch oft in Russland, bei Freunden und beruflich. Für mein "Reisekader-Dasein" (mein nomadisierendes Leben) ist wichtig, dass ich einen verständnisvollen Mann habe. Meine Kinder sind in der neuen Gesellschaft angekommen und leben ihr eigenes Leben. Im Großen und Ganzen habe ich eine ganz normale Biografie einer Wissenschaftlerin, sicher mit einigen Besonderheiten, die aber für mich nicht so ins Gewicht fallen.

Handeln in Zeiten wie diesen

Auf der Suche nach einer anderen Welt bewegt sich das Europäische Sozialforum zwischen Widersprüchen und verstärkter Relevanz

Von Stephan Wabl

Der Princeton-Politologe John Ikenberry spricht von Veränderungen der globalen politischen Strukturen, die an Tiefe und Relevanz der Neugestaltung nach dem Ende des 2. Weltkriegs ähnlich sind (1). Anthony Giddens macht als prägendste Charakteristika des globalen Zeitalters ein zuvor unerreichtes Level an Möglichkeiten und Ängsten aus (2). Und Londons Bürgermeister und (Neo-)Labour-Mitglied Ken Livingston ist gar der Auffassung, dass die kommenden Dekaden die gefährlichsten der Weltgeschichte sein werden (3). Wir scheinen tatsächlich in bewegten Zeiten zu leben.

Darin agierend, als immer wichtiger werdender Akteur sowie auch als Spiegelbild der Zustände, trifft sich regelmäßig die so genannte Zivilgesellschaft, um sich Klarheit zu verschaffen und um Verbindungen herzustellen. Klarheit über die Möglichkeiten alternativer politischer und wirtschaftlicher Konzepte; Verbindungen, um lähmungspotentiellen Ungewissheiten Gemeinschaft und konkrete Handlungsformen entgegen zu stellen.

Im Zuge der Anti-Irakkriegs-Demonstrationen von der New York Times als "zweite Supermacht" (4) bezeichnet und auf Europa bezogen von Dominique Strauss-Kahn in einem Le Monde-Kommentar sogar zur "europäischen Nation" (5) hochstilisiert, hat die Bewegung seit der erfolgreichen WTO-Demonstration 1999 in Seattle und dann vor allem über das 2000 lancierte Weltsozialforum (WSF) kontinuierlich für

Aufregung und Interesse gesorgt. Der regionale Ableger dieses Gipfels, das Europäische Sozialforum (ESF), versammelte sich vom 15.-17. Oktober 2004 in London, um Protest, informativen Austausch und die Suche nach "einer anderen Welt" auf dem alten Kontinent fortzuführen.

Begleiterscheinungen

Einige sprachen von Stagnation, andere sogar von Rückschritt, den das Londoner Zusammentreffen für die Globalisierungskritiker gebracht haben soll. Undemokratisch, intransparent, wenig konkret, unverschämte teuer und unethisch sei es gewesen. Beginnen wir mit ein paar Zahlen und Randbemerkungen. Um die 20.000 Aktivistinnen und Aktivisten, der Großteil aus Großbritannien, Deutschland, Frankreich und den mediterranen Ländern, nahmen am Forum teil. Gut doppelt so viele Menschen besuchten noch die Foren in Paris (2003) und Florenz (2002). In der Stadt London war das diesjährige Forum so gut wie nicht präsent. Ein Arsenal-Fußballspiel erzeugt mehr Aufmerksamkeit. Medial ging die Veranstaltung europaweit weitgehend unter, und die Teilnahmegebühr von 30 € stieß nicht selten auf Kritik.

Im Laufe der Konferenz kommt es immer wieder zu Vorfällen und Bemerkungen, die es wert sind, notiert zu werden, da sie Interessantes über die Bewegung vermitteln. Eine anarchistische Gruppierung stürmt das

Podium, als gerade Ken Livingston (die Londoner Stadtverwaltung unterstützte die Veranstaltung mit ca. 750.000 €) das Wort ergreifen will - eine Aktion, um gegen den Sell-Out des Forums an die kriegsführende Labour-Partei zu protestieren. Aleida Guevara wehrt sich verbal gegen die Kommerzialisierung des Antlitzes ihres Vaters auf T-Shirts und anderen Verkaufsstücken - die unzähligen Stände im Hauptgang des Veranstaltungsgebäudes werden von manchen Teilnehmern leicht sarkastisch als Oxford Street des Forums bezeichnet. Kurz nach dem Forum erscheint im Guardian (offizieller Medienpartner der Konferenz) ein Leserbriefwechsel von unzufriedenen Gruppierungen, gefolgt von entsprechenden Entgegnungen. Schon im Vorfeld von der Organisation Enttäuschte stellen gleich ein "Alternativforum" auf die Beine, das als Beyond ESF im Zentrum Londons über die Bühne geht.

Der Weg zum Ziel

Diese Nebenerscheinungen, deren Bedeutung im Großen und Ganzen durchaus gering sein mag, machen deutlich, dass es Widerstände und Widersprüche innerhalb der Bewegung gibt, die nicht mehr so einfach mit dem Verweis auf eine "bereichernde und produktive Diversität" abgetan werden können. Von Reform bis Revolution ist beim Forum alles zu finden. Harmoniesuchende EsoterikerInnen wie alteingesessene trotzkistische GewerkschafterInnen, technologieversierte "Metropolenkinder" und osteuropäische Bauern diskutieren unter denselben Bannern. Spricht Susan George, eine der profiliertesten GlobalisierungskritikerInnen, etwas pathetisch vom Forum als "richtigem Weg, der zum Ziel führen wird" (6), so ist man geneigt zu fragen, von welchem Ziel hier nun genau die Rede ist. "Jeder Teilnehmer hat seine eigene Liste an Anliegen", geeint sei man jedoch in der Tatsache, dass "alle Beteiligten die Davos (7) view of globalisation ablehnen", führt George auch gleich als Antwort an.

Diese drängt allerdings die nicht minder relevante Frage nach dem Gegner der Bewegung auf. Es ist sicherlich zu bezweifeln, dass es nur eine Davos view of globalisation gibt, deren VertreterInnen kontinuierlich und mit vereinten Kräften "Ungleichheiten ausbauen, Demokratie zerstören und den Planeten in

Richtung globalen Kollaps treiben", um bei den Worten von Susan George zu bleiben. Der Opponent ist genauso wenig eine einheitliche "Black Box" wie die Bewegung. Das Bemühen der "Klassiker" - Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation, G8, die Vereinigten Staaten und immer häufiger auch die Europäische Union - kann auch durch noch so pointierte Redekünste nicht darüber hinweg täuschen, dass klare Abgrenzungslinien immer schwieriger zu ziehen sind. In Anthony Giddens verwirrender globaler Welt voller Möglichkeiten und Unsicherheiten ist es auch für politische Programme diffiziler geworden, eindeutige Konturen und Referenzpunkte zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Mit dieser Tatsache wird die Bewegung lernen müssen umzugehen. Eine Gleichheit an Interessen, so oft "working assumption" und Ziel revolutionärer wie auch progressiver Bewegungen, ist schlicht und einfach eine Illusion und existiert weder auf der einen, noch auf der anderen Seite.

Setting the stage

In London standen während der drei Tage ungefähr 500 Veranstaltungen auf dem Programm. Im Zentrum der Podiumsdiskussionen, Workshops, Ausstellungen und Filmvorführungen waren die Themen Irakkrieg, Neoliberalismus und Verfassung der Europäischen Union. Strategien, um heimische Regierungen zum Truppenabzug aus dem Irak zu bewegen (wohl gegenwärtig das außenpolitische Thema in Großbritannien) sowie mögliche Unterstützungsformen für den irakischen Widerstand, der auch kontroversiell auf seine unterschiedlichen Motivationen und Ziele hin diskutiert wurde, prägten die Agenda. Der Kampf gegen Privatisierung, die Suche nach politischen Steuerungsinstrumenten wirtschaftlicher Institutionen (des Marktes) und Vorgehensweisen gegen internationale Einrichtungen wie die G8 und den Weltwährungsfonds bildeten weiters den Rahmen für einen Großteil der Diskussionen. In Bezug auf Europa standen die Ablehnung der als unsozial empfundenen Verfassung der Europäischen Union, die Militarisierung der Gemeinschaft und im Spezifischen die Verhinderung der so genannten "Bolkestein Direktive" (8) im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen.

Beachtenswerte Erfolge

Verfolgt man den Ablauf dieser Veranstaltungen, mischt man sich ein wenig ein in Debatten und verfolgt die verschiedenen kulturellen Darbietungen des globalisierungskritischen Zusammentreffens, so erkennt man rasch, dass das Forum trotz Widersprüchen und "shortcomings" politisch funktioniert und zentrale Beiträge zur Gestaltung des "coming global age" liefert. Das Europäische Sozialforum dient als eine Art Vorbild, aus dem sich nationale und nun auch immer mehr lokale Städteforen ableiten. Erarbeitete Positionen, ausgetauschte Informationen oder selbst nur gewonnene Eindrücke werden mitgenommen und in die heimischen Aktivitäten miteingebracht. Der oft vereinfacht bemühte Slogan des "Denke global, handle lokal" erfährt hier neue Relevanz; auch dadurch, dass sich heutzutage Vernetzung und Agitationsformen immer leichter zwischen diesen beiden Ebenen bewegen können. Die Bewegung hat Erfolge und kann nur mehr schwer von traditionellen Verantwortungsträgern negiert werden. ESF-Forderungen finden immer öfter den Weg auf offizielle politische Agenden (siehe z.B. die G8-Prioritäten unter dem diesjährigen britischen Vorsitz). Diesbezüglich wird die Bewegung als aktiver Motor und Initiativengeber weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Phänomen Sozialforum

Diese Rolle erfüllt auch eine andere Funktion. Sie macht deutlich, dass in einer Welt mit divergierenden Interessen einige Lebenssituationen privilegierter sind als andere. Fragen nach der Rechtfertigung eines solchen Zustandes und das Ausloten an Wegen zur Veränderung dieser Realität sind daher unabdingbar und notwendig. Im Kern ist dies historisch nichts Neues. Verändert haben sich hingegen die Rahmenbedingungen, in denen diese Auseinandersetzungen stattfinden. Das "Phänomen Sozialforum" wirft daher auch die strukturelle Frage auf, wie Ordnung, Zusammenleben und Verteilung in einem globalen Zeitalter vonstatten gehen könnten - in einer Zeit, in der politische und wirtschaftliche Strukturen signifikanten Transformationsprozessen unterliegen.

Das nächste Europäische Sozialforum wird im Frühjahr 2006 in Athen stattfinden.

Stephan Wabl

Studium in Wien und Paris, derzeit Postgraduate in International Relations - London School of Economics and Political Science (LSE)

Weltsozialforum: www.wsfindia.org

Europäisches Sozialforum: www.fse-esf.org

Österreichisches Sozialforum:

www.socialforum.at

Fußnoten:

(1) John Ikenberry, Vortrag: "From Containment to Pre-emption: American grand strategies revisited", 8.12.2004, LSE

(2) Anthony Giddens, Vortrag: "The Future of World Society: the coming of the global age", 20.10.2004, LSE

(3) The Guardian, 15.10.2004

(4) New York Times, 17.2.2003

(5) Le Monde, 26.2.2003

(6) The Guardian, 15.10.2004

(7) Das WSF wurde als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF), das seit 1971 jährlich im schweizerischen Davos stattfindet, kreiert. Die TeilnehmerInnen des WEF wurden von der Financial Times als "Master of the Universe" bezeichnet; ein Begriff, der seither auf WSF-Seiten häufig Verwendung findet.

(8) EU-Kommissionsdirektive bezüglich der Niederlassungsfreiheit von Dienstleistungsanbietern und dem freien Verkehr von Dienstleistungen innerhalb der Mitgliedsländer.

Alltägliche Weltpolitik als First-Hand-Experience

Von Stephan Wabl

Ein Praktikum in der österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York bietet einen einmaligen Einblick in die Welt der internationalen Beziehungen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet gerade die diesjährigen Resolutionen über Klein- und Leichtwaffen, Kofi Annan schreitet schnellen Schrittes von seinen Leibwächtern begleitet zu einer Sitzung des Sicherheitsrates und der UN-Pressedienst ordnet die neuesten Berichte über die Lage im Sudan und in Afghanistan in die dafür vorgesehenen Ständer ein. Weltpolitik eben.

Zur gleichen Zeit erzählt der mexikanische Sicherheitsbeamte seine humorvollen Anekdoten von vergangenen Diensterlebnissen mit diversen Staats- und Regierungschefs, die beiden netten älteren Damen verkaufen an ihrem Stand vor der Cafeteria in gewohnter Seelenruhe verbilligte Theaterkarten an UN-MitarbeiterInnen und DiplomatenInnen und im 40. Stock des Sekretariatsgebäudes - direkt über Kofis Büro - wird im Sportsaal fleißig Tischtennis gespielt. Alltag eben.

Die Vereinten Nationen sind ein bemerkenswerter Ort, um Strukturen und Prozesse des internationalen politischen Systems zu studieren, zu beobachten, wie sich StaatenvertreterInnen und Civil Servants auf multilateralem Terrain bewegen, und zu sehen, wie persönliche Elemente bei politischen Konflikten sowie Kooperationen zum Tragen kommen.

Beobachter im Herzen der Weltpolitik

Naher Osten, Irak, Sudan. Drei Krisengebiete, die in der Diskussion kontinuierlich genannt werden, um die Vereinten Nationen wegen Unfähigkeit auf den sprichwörtlichen Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Idealismus als Bewertungsgrundlage von realen Zuständen in der internationalen Politik dient hier als Richtlinie. Die Gefahren sind evident: ein Nichtverstehen des Warum, der Gründe für respektive Gegebenheiten auf der internationalen Bühne, ein eindimensionaler Blick auf Realität und zuletzt eine Nichtbeschäftigung und Ausblendung des Möglichen. Das Paradigma Realismus bietet wohl auch nach dem Ende des Kalten Krieges den besten Zugang, um internationale Beziehungen zu verstehen und um spezifische Ereignisse zu erklären. Die Vereinten Nationen und vor allen Dingen die Arbeit des Sicherheitsrates stellen diesbezüglich ein Spiegelbild des weltpolitischen Kräftermessens dar. Macht und Einfluss präsentieren sich in der Auslage. Deren Verteilung und Anwendung sind dem Beobachter direkt zugänglich. Im UN-Hauptquartier am East River sitzt man gewissermaßen in der ersten Reihe.

Das berühmt-berüchtigte nationale Interesse bleibt nicht mehr abstrakt, sondern wird konkret vertreten, geschützt, durchgesetzt. Das Procedere bei Verhandlungen, das Lancieren und Blockieren von Resolutionen, Rhetorik, symbolische Gesten als Institutionalisierung der grundlegenden Eigenschaften des internationalen Systems und als Ausdruck des Selbstverständnisses der Staaten über ihre Position und Rolle darin. Zu sehen, was ist, unabhängig davon, was sein könnte. Realität begreifen, um damit umzugehen, um darauf basierend zu agieren, ist die grundlegende Aufgabe von politischer Analyse. Dafür bieten die Vereinten Nationen ein einzigartiges Betätigungsfeld.

Arbeit abseits der Weltpolitik

Neben einem pragmatischen Zugang zu den Vereinten Nationen, der eine allzu schnelle Abkanzelung, basierend auf einer problematischen idealistischen Position relativieren soll, ist vor allem ein Aspekt der UN-Arbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ein Aspekt, der von RealistInnen meist belächelt, von Armchair-IdealistInnen häufig ignoriert wird: Tätigkeiten im sozial-kulturell-humanitären Bereich. Meist schaffen es nur die Topthemen des Sicherheitsrates und bestenfalls noch ein, zwei Berichte zu globalen Entwicklungs- und Gesundheitsfragen in die News. Der Großteil dessen allerdings, was die Vereinten Nationen - die DiplomatinInnen und UN-MitarbeiterInnen - beschäftigt, bleibt unbemerkt. Unzählige Stunden an Diskussionen und Verhandlungen zu Themen wie Migration, Property Rights, Finanzierung von Projekten, Bildung, Ernährung, Infrastrukturen, lokale Entwicklung, umfassende Peace-Keeping-Strukturen, Menschenrechte und so weiter und so fort. Über die Abhaltung von Wahlen in Afghanistan zu lesen, ist eine Sache. Zu wissen, was an intensiver Planung, logistischer Vorbereitung und mehrschichtiger Koordination dahinter steckt, ermöglicht erst tatsächliches Verständnis für diese umfassenden Vorgänge. Nahrungsmittelprogramme für Äthiopien, Aussöhnungsbemühungen in Angola, Schulwesenprojekte in Laos, medizinische Versorgung in Indien, politischer Dialog am Balkan. Die Liste ist unendlich.

Die Vereinten Nationen bieten ein Forum für diese Tätigkeiten, eine Plattform, die notwendig ist, um konkrete Schritte setzen zu können. Schritte, die einen Unterschied machen für jene, die nicht das Glück haben, in Zuständen zu leben, die ein hohes Maß an Selbstbestimmung erlauben. Dies aus nächster Nähe beobachten zu dürfen, feilt vor schnellen Urteilen und lehrt Respekt für das Mögliche, für das Trotzdem-Handeln - dem Handeln trotz entmutigender Realitäten und unsicherer Aussichten. Gründe genug, um "die Vereinten Nationen zu erfinden, würden sie noch nicht existieren" (1).

Aus einer "International Relations"-Perspektive gibt uns dieses Feld an Aktivitäten auch die Möglichkeit zu untersuchen, inwieweit Werte und Kooperation (Liberalismus) in der internationalen Politik

eine Rolle spielen. Fragen bezüglich Dynamik und Sozialisierungseffekte supranationaler Verbände sind hierbei von Relevanz. Das Begreifen von Möglichkeiten und Grenzen der UN als Organisation, ihrer MitarbeiterInnen und vor allem eines klug agierenden Generalsekretärs ist hier zentral. Welche marge de manoeuvre ist hier möglich? Kann die UN mehr sein, als die Summe ihrer Teile (ihrer Mitgliedsstaaten)? Und wenn ja, unter welchen Umständen und aus welchen Gründen? Um diese Fragen des Institutionalismus und Konstruktivismus zu studieren, gibt es wohl kaum ein besseres Untersuchungsobjekt als die Vereinten Nationen.

Die multilateralen ArbeiterInnen im "System Weltpolitik"

Es sind vorrangig die StaatenvertreterInnen und daneben zu einem geringeren Teil die UN-MitarbeiterInnen, die als AkteurInnen obig genanntes System und Procedere verkörpern, transportieren und managen. Durch sie und ihre Arbeit wird das Beschriebene erst lebendig und greifbar. Es ist interessant zu beobachten, wie Personen und Persönlichkeiten von offiziellen diplomatischen Positionen, die sie vertreten (zu vertreten haben) geformt werden, wie sie "hineinwachsen". Andererseits zeigt sich aber auch an der Vorgehensweise der DiplomatinInnen, dass Positionen immer einen gewissen Flexibilitätsgrad, einen Spielraum, in sich tragen. StaatenvertreterInnen sind keine "Black Box". Individuals do matter!

Dabei kommt es manchmal zu amüsanten bis obskuren Erlebnissen. So sitzt man zum Beispiel gemütlich in einer Plenumsdebatte eines Komitees der Generalversammlung hinter seinem Austria-Schild, während sich Armenien zur Linken und Aserbaidschan zur Rechten ein zehninütiges "Rededuell" zu Berg-Karabach liefern. In einer anderen Sitzung wird es nach der zweiten Response-Runde dann auch dem US-Delegierten zu blöd, und er verlässt den Sitzungssaal, während sein kubanischer Kollege gerade erst langsam zu einer treffsicheren Rhetorikform aufläuft. In einer Debatte zu Israel-Palästina trägt der Vertreter Japans sein Statement auf Arabisch vor. Jeder begreift den Hinweis. In einer EU-Koordinationsitzung zur Generalversammlungsresolution bezüglich des Mauerbaus in Israel gibt der italienische Delegierte (Italien hatte zu jener Zeit die EU-

Ratspräsidentschaft inne) zu verstehen, dass er sein Ministerium in Rom in dessen Weisungen eventuell noch umstimmen könnte, sollten sich die anderen 24 europäischen Partner zu einer gemeinsamen Position durchringen können.

Und mittendrin Europa

Bemerkenswert bei alledem ist die wichtige Rolle der Europäischen Union (EU) als zentraler Partner und Referenzpunkt im diplomatischen Betrieb der Vereinten Nationen. Beinahe alle Gruppierungen (u.a. Group 77, Rio Group, Arab League, African Union) koordinieren ihre Positionen innerhalb der UN in mehr oder minder umfassender Weise. Die Koordinationen der EU sind hierbei sicherlich einzigartig. Als Praktikant einer nationalen Mission geht man grundsätzlich zu jenen UN-Meetings, die den jeweiligen Arbeitsbereich betreffen und verfasst anschließend kurze Berichte, kleinere Analysen oder betreibt ein wenig thematische Recherchearbeit. Bei einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union kommen noch die ganzen internen EU-Treffen hinzu, an denen teilzunehmen einen lehrreichen Einblick in die außenpolitische Zusammenarbeit der 25 EU-Mitglieder gewährt.

Nahezu jede Resolution wird zuerst von den europäischen Partnern diskutiert, bevor sie im UN-Plenum auf die Agenda kommt. Bei besonders heiklen Fragen (Israel/Palästina, Irak) dauert es oft Wochen und bedingt jede Menge Rücksprache mit den respektiven Hauptstädten bis man sich schlussendlich auf eine gemeinsame Position einigen kann. VertreterInnen der US-Botschaft, der israelischen Mission oder der palästinensischen Delegation sitzen unter Leitung der jeweiligen Ratspräsidentschaft am Tisch der 25 und diskutieren die jeweiligen Resolutionsvorschläge. Hohe UN-Beauftragte, wie zum Beispiel Laktar Brahimi, informieren die EU-Diplomaten informell zu aktuellen Entwicklungen in diversen UN-Angelegenheiten. Abstimmungen in Generalversammlungskomitees werden verschoben, weil die EU noch immer um eine gemeinsame Position ringt. Andere Delegationen sind manchmal nur marginal am Verhandlungsprozess beteiligt und orientieren sich nicht selten in ihrem Abstimmungsverhalten an jenem der EU. Die Europäische Union ist ein zentraler Pol im UN-System und ihr verstärkt koordiniertes und

gemeinsames Auftreten hat eine wirksame Politik zur Folge.

Und während die großen Fragen die internationale Gemeinschaft beschäftigen, ordnet der Verkäufer am Kiosk im Eingangsfoyer die aktuellen Tageszeitungen zurecht, die Serviererin im "Viennese Café" füllt den Kaffee nach und die beiden Tour-Guides plaudern voller Vorfreude über den kommenden Skitrip nach Vermont. Alltägliche Weltpolitik eben.

Österreichische Vertretung zu den Vereinten Nationen in New York
<http://www.aussenministerium.at/newyorkov/>

UN-Headquarters Internship Programme in New York
<http://www.un.org/Depts/OHRM/examin/internsh/intern.htm>

Stephan Wabl

Studium der Politikwissenschaften in Wien und Paris
 derzeit MSc in International Relations - London School of Economics and Political Science
 Von Oktober 2003 bis Februar 2004: Praktikum an der österreichischen Vertretung zu den Vereinten Nationen in New York, Zuständig für Nahost-Angelegenheiten

Fußnote:

(1) Vortrag, "The United Nations at the Cross-Roads", Sir Emyr Jones-Parry, Britischer Botschafter bei den Vereinten Nationen, 10.11.2004, LSE

Amsterdam, Den Haag, Brüssel, Paris

Exkursion 2004

Von Theresa Maria Neumeister
und Victoria Schlederer

Auch im Wintersemester 2004/05 fand die seit vielen Jahren bewährte Studienexkursion nach Den Haag, Brüssel und Paris statt. Prof. DDr. Ingrid Schütz-Müller begab sich von 8. bis 14. November mit rund 30 StudentInnen der Politikwissenschaft der Universität Wien auf die Reise, sodass ihnen - an den Originalschauplätzen - die Organe der EU und anderer internationaler Organisationen näher gebracht werden konnten.

Den ersten Nachmittag unserer Reise verbrachten wir in Den Haag, genauer gesagt im Peace Palast, jenem an eine Kirche gemahnenden, durchaus imposanten Bauwerk, das den "International Court of Justice" beherbergt. Der Vortrag des General Secretary des Internationalen Gerichtshofes, Arthur Witteveen, ließ vor allem die Herzen der passionierten VölkerrechtlerInnen höher schlagen.

Danach hatten wir Ehre und Vergnügen, in der österreichischen Botschaft zu Gast zu sein. Dort bekamen wir von Herrn Botschafter Kubesch in einem - wie er es bezeichnete - Kaminesgespräch eine Unzahl von Insiderinformationen zu Themen wie etwa den Beziehungen zwischen den Niederlanden und Österreich, der gegenwärtigen Stimmung in den Niederlanden, aber auch zu den Aufgaben und Herausforderungen der Diplomatie im allgemeineren Sinn auf höchst interessante und gleichzeitig wunderbar leichte Art geliefert.

Auch den nächsten Tag verbrachten wir in Den Haag, diesmal zunächst im "International Criminal Court", wo wir mit den Zuständigkeitsbereichen und Möglichkeiten dieser Organisation ein wenig vertraut gemacht wurden. Dass dies auf eine etwas theoretische Art geschah, ist dadurch zu erklären, dass der Internationale Strafgerichtshof eine noch junge Institution ist, die ihre Tätigkeit de facto noch nicht aufgenommen hat.

An jenem Nachmittag folgte auch einer der interessantesten Punkte der Reise - so hatten wir die Möglichkeit, im "International Tribunal for the Former Yugoslavia" einer Gerichtssitzung des Prozesses um Slobodan Milosevic beizuwohnen. Dies wurde von der überwiegenden Mehrheit unserer Gruppe als hochgradig spannend empfunden, obgleich es in jener Sitzung lediglich um die Frage ging, ob es Milosevic gestattet werden sollte, sich selbst vor Gericht zu verteidigen. Vielleicht gilt es hierzu noch anzumerken, dass auch Höchststrichter in einem dermaßen wichtigen Tribunal ihre Standpunkte nicht immer in die schönen Phrasen der Diplomatie kleiden (eine Tatsache, die nicht wenige von uns erstaunte). Abgerundet wurde der Besuch im Tribunal for the Former Yugoslavia mit Gesprächen mit zwei Juristen, die für diese Institution tätig sind.

Mittwoch Morgen brachen wir schließlich aus Amsterdam auf (leider ohne von der Stadt sonderlich viel gesehen zu haben) und begaben uns gen Brüssel.

Auch hier galt es, ein gleichermaßen umfangreiches wie interessantes Programm zu absolvieren. Den Auftakt hierzu machte ein Besuch im Generalsekretariat des "Stability Pact for South Eastern Europe". Hierbei möchten wir vor allem einen erstaunlich offenen und faszinierenden Vortrag zum Thema "Organisierte Kriminalität" hervorheben! Den Abschluss bildete in der ständigen österreichischen Vertretung ein Vortrag über "Eine Verfassung für Europa".

Der nächste Tag stand ganz im Zeichen der EU-Institutionen. Nach einem weiteren Besuch in der ständigen Vertretung Österreichs, wo wir in zwei Vorträgen nahezu umfassend sowohl über die EU-Verfassung als auch die Chancen und Tücken von multilateraler Handelspolitik informiert wurden, ging es weiter zum Europäischen Parlament. Hier gab es vor allem ein Gespräch mit EU-

Parlamentsabgeordneten Othmar Karas. Das Gespräch gemahnte, ob der ausgeprägten Fotografierfreudigkeit der meisten ReiseteilnehmerInnen zunächst eher an eine Pressekonferenz. Nach einer anschließenden raschen Führung durch die heiligen Hallen des EU-Parlaments hieß es, Brüssel auch schon wieder zu verlassen.

Paris war die letzte und möglicherweise auch entspannendste Etappe unserer Reise. Die signifikanten Programmpunkte des ersten Tages in Paris waren ein Besuch im UNESCO-Hauptgebäude, wo es einen hochinformativen und ausführlichen Vortrag über die UNESCO im allgemeinen und das "World Heritage Program" im speziellen und anschließend eine kleine Führung durch das Gebäude gab (einige KunstliebhaberInnen zeigten sich hierbei etwas enttäuscht über das zwar überdimensionale, aber erstaunlich unspektakuläre Gemälde von Picasso, das eine Wand der Empfangshalle ziert) sowie einen Besuch in der österreichischen Botschaft.

Die verbleibende Zeit in Paris, folglich das

gesamte Wochenende bis zur Abreise am Sonntag Abend, blieb zur freien Verfügung und wurde ausgiebig genutzt. Neben intensivem Sight-Seeing unterm Tag bot Paris unzählige Möglichkeiten, auch während der nächtlichen Stunden die Stadt in guter Erinnerung zu behalten. Am Samstag Abend fand sich noch einmal die gesamte Gruppe in einem arabischen Lokal ein, um dort die Reise gebührend ausklingen zu lassen und danach das Pariser Nachtleben zu erkunden.

Zu guter Letzt gilt unser Dank natürlich Herrn Prof. Schütz-Müller. Die Exkursion brachte unzählige bleibende Eindrücke, da uns StudentInnen Politik nicht in der Theorie, wie in gewohnter Weise auf der Universität, sondern von der Perspektive der Praxis aus näher gebracht wurde. Wir können nur hoffen, dass diese Möglichkeit noch vielen StudentInnen geboten wird.

**Theresa Maria Neumeister und
Victoria Schlederer**
Studentinnen am ipw

500 Kilometer oder 12 Stunden Busfahrt von Wien entfernt liegt...

Von Josef Oberger

...die Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina (BiH): Sarajevo.

Sie und die Stadt Mostar standen im Mittelpunkt der von Prof. Ingfrid Schütz-Müller und seiner Studienassistentin Martina Maetzl organisierten Exkursion im Frühjahr 2004. Im Unterschied zu anderen von ihm angebotenen Studienreisen unternahm Prof. Schütz-Müller diese ausschließlich mit seinen DiplomandInnen. Das Programm brachte uns verschiedene Aspekte der Politik am angezielten Ort näher und ließ uns Eindrücke vom Land, seinen Einwohnern und deren Kultur sammeln. So stellten wir uns der Diskussion mit einem Universitätsprofessor für politische Philosophie, in welcher er uns auf theoretischer

Ebene mit viel Adorno, Habermas und Kant das Lokalkolorit bosnischer Transformationsprozesse nach dem Krieg zu erläutern versuchte. Vor allem prüften wir die Rolle der Politikwissenschaft und der Intellektuellen im Werdungsprozess der Gesellschaft und näherten uns der Beantwortung der Frage nach dem für das Land zu gehenden Weg an. Deutlicher war diese Frage Thema im Vortrag eines ehemaligen Premier- und Außenministers, der uns mit seinen Visionen für BiH die Vitalität seiner politischen Vorstellungen und die motivierende Kraft eines möglichen EU-Beitritts vor Augen führte. Interessante Einblicke in die parlamentarische Arbeit und die politischen Strukturen des Landes gaben uns die Besuche im Parlament der Föderation von BiH

und im Parlament des Staates BiH, wo das ferne, aber mit viel Elan angesteuerte Ziel einer EU-Mitgliedschaft ebenso zur Sprache kam wie - wenn auch in angedeuteter Form - die Schwierigkeiten im politischen Entscheidungsalltag. Diese Schwierigkeiten auf Grund staatlicher Strukturen schilderte uns in pädagogisch geschickter und sehr fesselnder Art und Weise Frau Dr. Moser-Starrach in ihrer Funktion als Repräsentantin des Generalsekretärs des Europarates in BiH. Mit konkreten und anschaulichen Beispielen erzählte sie die praktischen Seiten der Politik, wozu auch die Besichtigung frisch entdeckter Massengräber gehört (Anm: Das fügt sich hier erschreckend einfach in den Artikel).

Der Staat Bosnien-Herzegowina, der am 24.04.2002 in den Europarat Aufnahme fand, wird aus der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Republika Srpska gebildet. Er besteht aus drei Völkern, wobei sich zwei mit der Anerkennung des Staates eher schwer tun. Den strukturellen Aufbau bilden folgende Ebenen: jene des Districts, jene der Republik und jene der Föderation, welche aus zehn Kantonen besteht. Laut Dr. Moser-Starrach haben vorwiegend die Minister auf Kantonesebene Gestaltungsmöglichkeiten. Momentanen werden Ämter dreifach besetzt, um allen Völkern Mitsprachemöglichkeiten zu geben; dieses System hat z.B. dreizehn Erziehungsminister zur Folge. Dass die durch den Dayton-Vertrag etablierten staatlichen Strukturen nun oftmals den Entscheidungsprozess und nötige Reformen behindern und den herrschenden Politikern als willkommene Ausrede für nichtgetroffene Entscheidungen dienen, kam uns öfters zu Ohren.

Der österreichische Botschafter Dr. Jandl berichtete - wie alle in BiH getroffenen Landsleute - über die große Wertschätzung, die Österreich und seiner Bevölkerung entgegengebracht wird. Dies erklärt sich erstens aus den Errungenschaften der Zeit nach 1878, als BiH zur Donaumonarchie gehörte, wie beispielsweise die damals errichtete, noch immer funktionierende Infrastruktur wie etwa intakte Geleise der Straßenbahnen. Auch wertet die Bevölkerung die Stellungnahmen österreichischer Politiker während des Krieges, und hier vor allem jene von Außenminister Dr. Mock, als er die Zulassung der Bewaffnung der Bosnier forderte, hoch ein. Drittens hat die rege Spendentätigkeit der österreichischen Bevölkerung Dankbarkeit wachsen lassen.

Vom österreichischen Militärattaché Dr. Rapatz erfuhren wir wichtige Eckdaten der Geschichte BiHs, vor allem über die gemeinsame Zeit in der Donaumonarchie. Er führte uns jene österreichische Schlamperei vor Augen, die das Attentat auf den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand durch Cavriolo Princip am 28.06.1914 erleichterte. Die wirtschaftlichen Implikationen des aufstrebenden Staates erläuterte uns der österreichische Handelsdelegierte an Hand der fünf ökonomischen Regionen von BiH, welche entitätsübergreifend arbeiten. Angedeutet wurde in den meisten Vorträgen die jetzige Ambivalenz zu den Vertretern der verschiedensten Internationalen Organisationen, welche nötige Reformbemühungen erschweren und die völlige Selbständigkeit des Staates hinauszögern, da die Mitglieder ein berufliches und somit existentielles Interesse an einer möglichst langen Präsenz vor Ort haben.

Die Exkursionen erfreuen sich besonderer Beliebtheit, da neben politischen und wirtschaftlichen Themen auch für Kultur, Shopping und die Erkundung des Nachtlebens immer Zeit vorgesehen ist. Für letzteres standen verführerische Lokale zur Verfügung. Auch lernten wir bosnische Weine und Käse im Rahmen einer Verkostung kennen und schätzen. Kulinarisch rundeten natürlich Cevapcici die kulturelle Erkundung ab. Mit unserem Fremdenführer entdeckten wir Sarajevo zu Fuß. Wir machten nicht nur am Tatort des Attentates auf Erzherzog Franz Ferdinand halt, sondern versuchten die Vielfalt des Flairs zu ergründen. Die Stadt war bis 1878 türkisch und trägt daher auch einen türkischen Namen. Das alte türkische Sarajevo mit seinen Basaren und engen Gassen ist im Stadtviertel Bašaršija zu erleben. Das ab 1878 habsburgerische Sarajevo findet sich entlang des Nordufers des Flusses Miljacka. Zu den Prachtbauten aus dieser Zeit zählt die durch den Krieg völlig zerstörte Nationalbibliothek, welche durch finanzielle Hilfe der EU wieder hergestellt werden soll. Richtung Westen liegt der moderne Teil der Stadt mit den UNIS-Twin-Towers und großen Wohnblöcken. Zur besonderen Atmosphäre der Stadt trägt auch ihre Multireligiosität bei. So prägen orthodoxe und katholische Kirchen, Moscheen und eine Synagoge das Stadtbild. Es gibt viele, an ihren Minaretten erkennbare Moscheen, die laut Frau Dr. Moser-Starrach nicht besucht werden und mit finanzieller Unterstützung von islamisch geprägten Ländern errichtet wurden, welche auch islamischen Fundamentalismus in die

Stadt bringen. Auffallend war in diesem Zusammenhang die von BosnierInnen eingenommene, ablehnende Haltung gegenüber diesen finanziellen Quellen und deren Leistungen und die in gleichem Atemzug betonte Ausrichtung des Landes nach "Westen".

Die knapp 290.000 Einwohner zählende Hauptstadt liegt in einem Talkessel. Dadurch wurde den bosnischen Serben die Belagerung und Beschießung im letzten Krieg erleichtert. Im Juni 1992 wurde ein Belagerungsring um die Stadt geschlossen, mit der Folge, dass Wasser, Strom wie die weitere Versorgung nahezu komplett gedrosselt wurden. Am 05.02.1994 starben bei einem Granatenangriff auf den kleinen Marktplatz Trziste über 60 Menschen. In der 41 Monate dauernden Belagerung gab es permanenten Beschuss mit leichten und schweren Waffen durch den circa 18.000 Menschen starben. Die einzige Verbindung zur Außenwelt während der Belagerungszeit war ein Tunnel. Parallel zum Fluss Miljacka verläuft die Zmaja od Bosne, leider besser bekannt unter dem Namen Sniper Alley - Scharfschützenallee.

Ein Kriegserbe ist auch der Status von BiH als das am meisten verminnte Land der Welt. 1984 war Sarajevo der Austragungsort der vierzehnten Olympischen Winterspiele. Das zur Erinnerung daran errichtete Museum ist heute eine Kriegsrue. Die sichtbaren Folgen des Krieges sind durch zerschossene und ausgebrannte Häuser omnipräsent. Trotz der architektonischen Tristesse ist der Gestaltungswille, die antreibende Hoffnung für eine geglückte Zukunft in der Bevölkerung unverkannbar. Sehr bereichernd war auch die Fahrt durch idyllische, grüne Landschaften und erhabene Berge nach Mostar. Diese am Fluss Neretva, 100 Kilometer südlich von Sarajevo gelegene Stadt genießt besondere Berühmtheit auf Grund ihrer Bogenbrücke Stari Most von 1566, die ein türkischer Architekt geplant hat. Durch Mörserbeschuss wurde sie während des Krieges völlig zerstört, und wir konnten die revitalisierte, symbolträchtige Brücke ohne Gerüst kurz vor ihrer Wiedereröffnung sehen. Die Frontlinie verlief in Mostar entlang der ul Aleske Šantija? und dem Blvd. Hrvatskik Branitelja. Kein Haus ist dort unbeschädigt. Wenn sie nicht komplett zerstört sind, dann sind die Wände von schweren Einschusslöchern gespickt. Das was heute noch von der Frontlinie sichtbar ist, lässt einen verstummen.

Derzeit ist die Stadt in einen bosnischen und in einen kroatischen Teil untergliedert. Zur Verwunderung unseres Fremdenführers und des Chauffeurs hielt sich unser Interesse am religiösen Massenphänomen in Medugorje und den damit verbundenen touristischen Einrichtungen in sehr engen Grenzen. Beeindruckend war hingegen das idyllische, mittelalterliche Künstlerdorf Po?itelj. Neben allen politischen Informationen und den mannigfachen Eindrücken von Land, Stadt und Bevölkerung war diese Reise vor allem durch den persönliche Austausch unter den DiplomandInnen bereichert. Wie auf jeder "Schütz-Müller-Reise" nahmen wir vor allem viel von dem, was nicht in Büchern nachzulesen ist, mit für unser Studium und unser Leben. Die von ihm veranstalteten Studienreisen genießen zu Recht einen Ruf, der weit über das Institut für Politikwissenschaft vernommen wird. Durch die Exkursion nach Sarajevo und Mostar wurde der bekannte Reisezyklus bereichert und auch bereits die Idee zu einer weiteren, neuen Destination geboren ...

Josef Oberger
Diplomand am ipw

S E R I E :

"aus dem Felde..."

Nr. 1: VON SINNFRAGEN UND KATZENSITTERN Praktische Fragen zur Planung der Feldforschung

Von Michi Mayrhofer

Für mich beginnt die Feldforschung mit der simplen Frage: Habe ich genug Geld, um das zu erforschen, was ich erforschen möchte? Was ist mir mit meinen finanziellen Mitteln möglich? Daraus ergibt sich die Frage, wie sehr mein Budget meine Forschungsfrage beeinflusst. Diese wiederum führt zur Frage nach dem Sinn meiner Feldforschung: Warum muss ich "ins Feld"? Was kann ich nur dort herausfinden? Feldforschung beginnt also nicht im Feld, sondern bereits bei der Strukturierung meiner Forschungsfrage. Feldforschung bedarf der Planung.

Was ist mein Feld?

- Welches Thema, welches Land, welche Organisation, welche Personen, welche Zeit/Periode betrachte ich?
- Rechtfertigt mein Thema Feldforschung, oder wurde es schon zur Genüge erforscht?

Was ist meine Forschung?

- Was ist meine Forschungsfrage?
- Was will ich erreichen? Wie will ich es erreichen?
- Was ist meine Methode (qualitativ, quantitativ, kombiniert)?

Zeit:

- Wie lange (eine Woche, ein Monat, ein Jahr) bleibe ich?
- In welcher Jahreszeit (Sommer, Winter) reise/bleibe ich?
- Welche Feiertage, Ferien sind in dieser Zeit?

!!! Zeitfenster einplanen (für ungeplante Interviews, Krankheitsfall, längere Recherche) !!!

Budget:

- Wer gibt mir wieviel Geld (Stipendien, Kredite, Eltern, ...)?
- Was finanziere ich aus Eigenmitteln?

!!! Erstelle ein Gesamtbudget und schlüssle es in die wichtigsten Budgetposten auf (Die meisten Stipendienstellen verlangen dies ohnehin) !!!

Reisekosten et al.:

- In welches Land fahre ich? Welche Kosten/Vorzüge/Schwierigkeiten ergeben sich daraus?
- Fahre ich in die Hauptstadt oder in ein entlegenes Dörfchen? Welche Transportmittel (Zug, Bus, Flugzeug, Auto, ...) und wie viele (Umsteigen, Wartezeiten, ...) muss ich verwenden?
- Wieviel Gepäck kann ich mitnehmen? Kann ich es alleine tragen?
- Wieviel Zeit braucht die An-/Abreise?
- Habe ich einen Reisekostenzuschuss? Wie muss ich diesen abrechnen?

Wohnungskosten et al.:

- Bin ich in einem teuren Land? Wieviel beträgt der Durchschnittspreis für ein kleines Zimmer? Was ist mein Limit?
- WG, Zimmer in Untermiete oder StudentInnenheim, Wohnung, Hotelzimmer,

... mit/ohne Betriebskosten?

- Wie weit vom "Arbeitsplatz" entfernt (= > tägliche Kosten der Anreise, i.e. brauche ich jeden Tag eine Fahrkarte, kann ich zu Fuß gehen, oder brauche ich 2 Stunden zum "Arbeitsplatz")?
- Habe ich eine Kochgelegenheit, falls ich selber kochen möchte? Habe ich eine Waschmaschine oder einen Waschsalon in der Nähe etc.?

!!! Extra Zeit für Wohnungssuche einplanen, falls diese vor Antritt der Reise erfolglos war. Aus budgetären und zeitlichen Gründen ist es aber besser, bereits eine Unterkunft zu haben, bevor man losfährt !!!

Lebenshaltungskosten/Taggeld:

- Wieviel muss ich für Lebensmittel rechnen?
- Gehe ich in die Mensa?
- Koche ich selbst?
- Was tue ich in meiner Freizeit?

!!! Ein guter Startpunkt ist, aufzuschreiben, wieviel man in einer Woche am Studienort ausgibt, und sich dann den Tagesschnitt ausrechnet. Den Tagesschnitt vergleiche ich mit dem angenommenen Tagesschnitt im Zielland. Was immer herauskommt, rechne damit, dass du auf Reisen mehr als üblich brauchst und schlage noch ein paar Euro pro Tag dazu !!!

Materialkosten et al.:

- Habe ich ein eigenes Kopierbudget? Wieviel kann ich max. ausgeben?
- Habe ich das richtige Gewand (je nach Jahreszeit), das Aufnahmegerät für Interviews, einen Computer, eine Kamera?
- Welche Bücher möchte ich von zu Hause mitnehmen? Welche Bücher möchte ich mir vor Ort besorgen (Achtung beim Gewicht)?
- Was muss ich mitnehmen, was bekomme ich vor Ort (Kassetten für Rekorder, Batterien, Medikamente, ...)?

Kontakte:

- Kenne ich jemanden vor Ort?
- Welche/n Rücksprache/Rückhalt habe ich von Seiten des Betreuers, der Betreuerin? Wieweit ist der/die BetreuerIn von meiner

Feldforschung informiert? Welche Hilfestellungen kann mir mein/e BetreuerIn geben?

- Habe ich Zugang zu den Archiven? Was brauche ich, um Zugang zu bekommen? Haben die Bibliotheken geöffnet (Achtung bei Sommerpausen, Feiertagen)?
- Sind meine InterviewpartnerInnen erreichbar? Wie viele Interviews bekomme ich mit Sicherheit? Wie verfare ich im Falle von Absagen? Kann ich spontan einem Interview zusagen?
- Sind KollegInnen, Freunde, Familie vor Ort?

!!! Soziale Kontakte nicht unterschätzen. Freizeit und Pausen einplanen !!!

!!! Absagen sind bei Interviews an der Tagesordnung, diese einkalkulieren !!!

Sonstiges:

- Visa, Medikamente, Versicherung (Unfall-, Reise-, Diebstahl-, Krankenversicherung), Impfungen, Sprachkenntnisse, Rechnungen für Reisekostenabrechnung?
- Übernimmt jemand meine Wohnung/mein Zimmer zu Hause?
- Kann ich meinen Hund auf die Reise mitnehmen? Brauche ich einen Katzensitter?

Welche Fragen für deine Feldforschung zutreffen, bestimmen im Wesentlichen deine Forschungsfrage, dein Aufenthaltsort und die Dauer deines Aufenthaltes. Ich habe hier versucht, erste Anhaltspunkte zu geben, die nicht den Anspruch der Vollständigkeit erheben. Aber egal, wohin die Reise geht, der Aufenthalt will zuvor geplant sein. Und eines ist sicher - die Zeit ist immer zu kurz und der Koffer zu klein.

Michaela Mayrhofer

Dissertantin am ipw
Projektmitarbeiterin bei ELSA BIOBANKS

ELSA BIOBANKS: Biobanks, Pharmacogenomics, and the Governance of Bio-medical Research, Project Coordinator: Univ.-Prof. Herbert Gottweis
<http://www.univie.ac.at/transformation>